



**erlassjahr.de**  
Entwicklung braucht Entschuldung

erlassjahr.de  
Carl-Mosterts-Platz 1  
40477 Düsseldorf  
Tel. (02 11) 46 93 - 196  
Fax (02 11) 46 93 - 197  
E-Mail: buero@erlassjahr.de  
www.erlassjahr.de

Bundesministerin wird zur „Herrin der Ringe“

## Fairnesstour 2004: Ein voller Erfolg!

Rund 153.000 Fairnessringe hat Entwicklungshilfeministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul von **erlassjahr.de** Ende Mai in Berlin entgegengenommen. Zusätzlich erhielt sie ein Exemplar des „Kanzlerbuchs“. Nach der Übergabe wurden die vier Ringbehälter für einen Monat im Foyer des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) aufgestellt.



## I N H A L T

- 1 Tour-Rückblick
- 2 Editorial
- 6 MTV
- 8 Irak-Konferenz
- 10 erlassjahr.de intern
- 11 HIPC: Uganda
- 15 Argentinien
- 16 HIPC: Bolivien
- 19 erlassjahr.de intern/Materialien
- 20 Materialien
- 24 Impressum

**E**in faires Entschuldungsverfahren wäre ein machbarer Schritt zu mehr Gerechtigkeit auf unserer Erde. Das verstehen auch die Menschen auf der Straße. Deshalb haben sich so viele an der Fairnessringaktion beteiligt. Die Bundesregierung muss sich international für ein faires und transparentes Entschuldungsverfahren einsetzen“, forderte Linde Janke vom Vorstand von **erlassjahr.de** bei der Übergabe im Gebäude der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) am Gendarmenmarkt. Bundeskanzler Gerhard Schröder, der eine persönliche Annahme abgelehnt hatte, weil er schon einmal (1999 in Köln) Unterschriften von uns entgegengenommen hat, sollte diese Botschaft mitnehmen zum G8-Gipfel nach Sea Island/ Georgia. Heidemarie Wieczorek-Zeul versprach, dem Kanzler das Buch und die Botschaft zu übermitteln.

## Editorial

## Neues Jahr, neues Bündnis

Liebe Leserinnen und Leser,

die „Fairnesstour2004“ war ein voller Erfolg, wie Sie den folgenden Seiten entnehmen können. Aber trotz der großen Beteiligung und der Medienresonanz und trotz verständnisvoller Worte der Entwicklungshilfeministerin bei der Ringübergabe in Berlin muss die Entschuldungsarbeit weitergehen. Denn noch hat kein Land einen erfolgreichen Prozess zur völligen Entschuldung durchlaufen. Und die deutsche Öffentlichkeit versteht in Zeiten wirtschaftlicher und sozialer Probleme im eigenen Land immer weniger, warum wir anderen Ländern Schulden erlassen sollten. Darum hat **erlassjahr.de** auf seiner Mitträgersversammlung im Juni beschlossen: Die Arbeit muss auch nach 2004 weitergehen! Wie die zukünftige Arbeit aussehen und der Übergang in ein zeitlich unbegrenztes Bündnis sich gestalten soll, lesen Sie auf den Seiten 6 bis 7.

Nach wie vor wichtiger Bestandteil der Arbeit von **erlassjahr.de** wird das Lobbying sein. Die beiden im Frühjahr von uns mit organisierten Konferenzen zur Situation in Argentinien und im Irak haben gezeigt, wie wichtig dieser Teil der Arbeit ist (Seiten 8 bis 9 und 15). Zu diesen Veranstaltungen wie auch zur Fairnesstour finden Sie übrigens viele Fotos auf unserer Homepage. Dort hat sich seit der letzten Ausgabe des Kampagnen-Kuriers noch mehr getan: Eine Länderdatenbank versorgt Sie mit aktuellen Daten und unser Newsletter monatlich mit aktuellen Informationen.

*Torsten Eßer*



Linde Janke und Fidon Mwombeki übergeben Ringe und „Kanzlerbuch“

Noch kurz vor der Übergabe wurden von Berliner Gruppen Ringe in die Behälter geschüttet, so dass die beeindruckende Zahl von rund 153.000 Ringen zusammen kam. Die Ringbehälter, die in einem 7,5-Tonner ihren Weg nach Berlin gefunden hatten, waren zuvor auf der bundesweiten zweiwöchigen „Fairnesstour2004“ gefüllt worden: Unser Fairnessmobil, gefahren von ehrenamtlichen Helfern, steuerte 15 Städte an, in denen hunderte von Kirchengemeinden, developmentpolitischen Arbeitskreisen, Eine-Welt-Läden etc. über zwei Jahre Ringe gesammelt hatten. Dabei zeigten sich die Aktiven vor Ort sehr kreativ und erarbeiteten die unterschiedlichsten Veranstaltungen an den Sammelstellen: Sehr gut kamen zwischen Flensburg und Freiburg die von **erlassjahr.de**-Aktiven selbst gebauten Großpuppen (siehe Bericht KK 29) an: mit ihrem szenischen Spiel - reich und arm streiten um die Erde - begeisterten sie jung und alt, häufig begleitet von Musik, wie zum Beispiel den afrikanischen Trommlern in Göppingen oder Leipzig (Ndungu Kina). Wo sie zum Einsatz kamen, blieben die Passanten stehen und auch viele Pressefotografen bannten sie auf Zelluloid. In Münster warfen in eineinhalb Stunden über 200 Passanten je einen Ring in die Behälter. Aber auch die „Schuldenwaage“ in Dortmund-Asseln oder das „Weltspiel“ in Dresden erregten viel Aufmerksamkeit.

### Entschuldungspolitik ist Friedenspolitik

In Trier begann die Tour auf dem Gelände der Landesgartenschau. Neben vielen anderen „Attraktionen“ wurden dort einige Zuschauer gebeten, um einen Tisch herum – der so genannten Eine-Welt-Tafel - Platz zu nehmen. Eine Schüssel mit Nahrung stand in der Mitte des Tisches, aber die Stühle waren verschieden hoch, so dass nur einige Menschen hineingreifen konnten, während andere kaum über den Tischrand sehen konnten. **erlassjahr.de**-Aktive in Frankfurt trugen das Goldene Kalb, biblisches Symbol für die Anbetung materieller Güter, zum Börsenplatz und stellten es zwischen Bulle und Bären. Ein „Zaun“ aus Fairnessringen sollte es im Zaun halten.



Alle Fotos: erlassjahr.de-Archiv

An vielen Orten traten prominente Fürsprecher oder Redner aus der Dritten Welt auf, um für unsere Sache einzutreten: „Geld für den Schuldendienst würde in Indien dringend für Bildung und Entwicklung benötigt“, erklärte Pfarrer Timothy Ravinder aus Südindien in Freiburg, und in Augsburg forderte Prälat Bertram Meier „eine Globalisierung der Solidarität“. Boniface Mabanza aus der Republik Kongo schilderte in Münster, wie Diktator Mobutu Entwicklungshilfegelder auf seine Privatkonten überwies. Auf der Abschlussveranstaltung in Krefeld sagte NRW-Umweltministerin Bärbel Höhn bei strahlendem Sonnenschein: „Es hat sich gezeigt, dass die HIPC-Maßnahmen nicht ausreichen, um eine langfristige Schulden-tragfähigkeit zu sichern. Wir brauchen ein internationales Insolvenzverfahren für Staaten, die vor dem Bankrott stehen“, und weiter: „Entschuldungspolitik ist auch Friedenspolitik“.

kleine Bewegungen, um die Menschen zum Nachdenken zu bewegen, so wie beim brasilianischen Pantomimen Marcus Soares in Münster.

Die Medien dankten es den **erlassjahr.de**-Aktiven mit 118 Berichten über die „Fairnesstour2004“, von der Lokalzeitung über Radio und Lokalfernsehen bis zum überregionalen Blatt. Die Ringe und Behälter sind übrigens nach ihrer Zeit im BMZ nicht auf den Müll gewandert, sondern werden im Johannisstift in Berlin wiederverwendet bzw. -verarbeitet.

Torsten Eßer



## Große Medienresonanz

Nicht überall war das Wetter so gut wie in Krefeld: In Leipzig, Göppingen, Augsburg und Nürnberg öffnete der Himmel die Schleusen. Trotzdem taten die Leute vor Ort alles, um die Aktionen wie geplant durchzuführen, in Leipzig wurde die Veranstaltung kurzerhand in die Kirche verlegt. Die Schüler des Augsburger Jakob-Fugger-Gymnasiums führten das Theaterstück „Die Moritat von der Schuldenfalle“ auf, in Nürnberg verliehen Flamencotänzerinnen und -Musiker der Aktion „Feuer“. Ein Theaterstück wurde auch von den Hildesheimer Schülern des „Josephinums“ aufgeführt, während ihre Mitschüler vom Goethegymnasium die Band „Green Devils“ ins Rennen schickten. Musikgruppen wie die Bolivianer „Los Masis“ in der Göppinger Stadtkirche, die Trommelgruppe „Akanga“ am Kröpeliner Tor in Rostock, die Band „Menino“ auf dem Krefelder Theaterplatz oder die Frauen-Sambagruppe „Banda Lucia“ in Mülheim sorgten vielerorts dafür, dass Passanten stehen blieben und den Aktiven die Zeit versüßt wurde. In Flensburg war es ein Umzug der Großpuppen - von der Nikolai-zur Marienkirche - der Aufmerksamkeit erreichte. Manchmal reichten auch nur



Pantomime Marcus Soares





Ihr Lieben im Büro,

rückblickend auf die Tour ziehe ich folgendes Resümee: es war eine sehr anstrengende Vorbereitung und die Mitgliedsgruppen waren nur schwer zu motivieren, sich aktiv in die Planung und Gestaltung einzubringen. Die Gründe dafür sind sehr unterschiedlich und bis zum Schluss musste ich feststellen, dass das faire und transparente Schiedsverfahren in seiner Komplexität wohl doch nicht so leicht vermittelbar war. Eigentlich erst nach der Großveranstaltung hatte ich den Eindruck, dass unser Thema mit weiterführenden Themen, wie den internationalen Finanzinstitutionen, den illegitimen Schulden und dem Weltmarkt zusammenhängt. Aus meiner Perspektive muss das Thema „Entwicklung finanzieren durch Schuldentilgung“ im angemessenen Kontext von Gerechtigkeit und moralisch ethischer Verpflichtung weitergeführt werden. Ansonsten wird es nur schwer möglich sein, eine stabile Basis für den politischen Druck aufrecht zu erhalten. Trotz des kritischen Rückblicks muss ich eingestehen, der Nachmittag war nicht nur schön, sondern hat auch Verbindung geschaffen und Freude gebracht.

Schöne Feiertage und liebe Grüße bis in Berlin

Ursula-Maria



# Die Schulden müssen weg, erlassjahr.de macht weiter!

Die Mitträgerversammlung (MTV) von **erlassjahr.de** fand vom 25. bis 27. Juni 2004 in Bielefeld statt. 80 Teilnehmer/innen bilanzierten den zu Ende gehenden Arbeitsabschnitt der Bündnisarbeit, diskutierten und beschlossen den Übergang von der aktuellen Etappe in eine langfristige Struktur. Fach- und Lobbyarbeit sowie eine möglichst breite Basisbeteiligung sind voneinander abhängig und sollen deshalb weiterverfolgt werden.

Nach einem inhaltlichen Einstieg zu den aktuellen Ergebnissen, präsentiert von Jürgen Kaiser, wurden am Freitagabend MultiplikatorInnen u.a. aus Paderborn und Polch zur Bündnisarbeit befragt: Wie stellen sich die Stärken und Schwächen der Arbeit von **erlassjahr.de** aus unterschiedlichen Blickwinkeln dar und was lernen wir daraus: Sowohl die inhaltliche Arbeit von **erlassjahr.de**, als auch die Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit wurden positiv bewertet. Eine leichtere Lesbarkeit der Medien wurde allerdings angemahnt, Aktionen sollten kürzer sein. Das Engagement zu „50 Jahre Londoner Schuldenabkommen“ sei ein einleuchtendes Beispiel und – national und international – ein gelungener Einstieg in eine Vielzahl von inhaltlichen Veranstaltungen gewesen, wurde nochmals betont.

Am Samstag fanden sich alle Teilnehmer/innen zu verschiedenen Arbeitsgruppen zusammen: Sie befassten sich mit Schuldentragfähigkeit, Konditionalität, Illegitimität der Schulden und mit rechtsstaatlichen Verfahren (FTAP). Zusätzlich gab es eine Arbeitsgruppe zu den Millenniums-Entwicklungszielen. Ergebnis der AG's: **erlassjahr.de** soll sich in den

kommenden Jahren auf vier inhaltliche Schwerpunkte konzentrieren, wobei die MTV dabei den Vorgaben des Frankfurter Strategieseminars vom Februar 2004 gefolgt ist:

- Was brauchen die Schuldnerländer als Grundsicherung bevor Schuldendienst geleistet wird? (**Schuldentragfähigkeit**)
- Wie können Schulden von Diktatoren, Schulden für unsinnige Projekte kurz, verabscheuungswürdige Schulden gestrichen werden? (**Illegitimität von Schulden**)
- Was können wir tun, damit die wirtschaftliche Einmischung durch Internationalen Währungsfond und Weltbank aufhört? (**Abschaffung der Konditionalität**)
- Wie kommen wir zu rechtsstaatlichen Verfahren? (**FTAP**)
- Die Öffentlichkeit muss durch Aktionen auf das Skandalpotential dieser vier Themenschwerpunkte aufmerksam gemacht werden

Die Weiterarbeit des Bündnisses ab 2005, die Übergangsphase und die zukünftige Struktur wurden ausführlich diskutiert. Aus den Vorgaben der MTV 2003, Evaluierungen an der Basis und nach eingehenden Beratungen, hatte der Bündnisrat ein umfassendes Papier erstellt und der MTV vorgelegt.

Die Diskussion ergab einen breiten Konsens zur Weiterarbeit: Das unbefristete Bündnis soll auf dem bewährten Fundament einer starken Mitträgerbeteiligung arbeiten. Folgende Anforderungen wurden an das Bündnis gestellt:

- Bereitstellung umfassender Fachinformationen für die Diskussion und die politische Auseinandersetzung;
- internationale Vernetzung;
- Kooperationen mit Mitträgern in der Partnerschaftsarbeit;
- projektgebundene Kooperationen mit weiteren Akteuren der globalisierungskritischen Bewegung;
- Erstellung einleuchtender und anschaulicher Materialien;
- Zusammenstellung von Aktionspaketen als befristete Angebote für die developmentpolitische Bildungsarbeit in den Regionen;
- Aufgreifen des Themas: „Schulden in Deutschland“;
- Finanzierung durch eine breite Mitträgerstruktur und durch Projektanträge.

## Übergang ins neue Bündnis

Die Frage des Übergangs vom aktuellen Dreijahresabschnitt in ein längerfristiges Bündnis wurde besonders sorgfältig behandelt. Um die im Sommer 2001 beim Übergang von der Erlassjahrkampagne zum Bündnis **erlassjahr.de** aufgetretenen Mißverständnisse nicht zu wiederholen, soll das Übergangsverfahren umgedreht werden (siehe Kasten). Ein solches Verfahren ist insgesamt weniger kompliziert und kommt den meisten entgegen. Um nicht mit dem Vorwurf der unseriösen Abo-Verlängerung konfrontiert zu werden, sollen folgende Hinweise und Erklärungen in einem Brief, der Anfang Oktober 2004 an die Mitträger verschickt wird, Beachtung finden:



- ◆ Das Vorgehen soll ausführlich begründet werden.
- ◆ Das Austreten soll niedrigschwellig und zeitlich unbegrenzt möglich sein.
- ◆ Es ist keine „Schande“ auszutreten!
- ◆ Ein Blatt soll beigelegt werden, mit dessen Hilfe der Austritt rasch erklärt werden kann.
- ◆ Die RegionalkoordinatorInnen werden den Brief vor dem Versand erhalten und gebeten, Mitträger in ihrer Region anzusprechen.

Mit einer Gegenstimme und ohne Enthaltung wurde dieses Übergangsverfahren angenommen.

#### Millenniums-Entwicklungsziele: ein Referenzpunkt?

Ferner befasste sich die MTV mit der Frage, ob die Millenniums-Entwicklungsziele (MDGs) für **erlassjahr.de** ein Referenzpunkt sein könnten und wenn ja, wie? Nach einer ausführlichen Diskussion wurde folgender Konsens deutlich: Die MDGs fallen inhaltlich weit hinter die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte zurück. Dennoch haben sie aufgrund der eingegangenen Selbstverpflichtung der Staatengemeinschaft eine strategische Bedeutung für die Arbeit von **erlassjahr.de**. Eine wachsende Zahl von Nicht-Regierungsorganisationen bezieht sich auf die MDGs. Deshalb soll versucht werden, die politischen Forderungen von **erlassjahr.de** bei entsprechenden Kampagnen oder Aktionen einzufügen. Zum

#### Der neue Bündnisrat:

**Linde Janke**, DEAB;  
**Cornelia Johnsdorf**,  
 Amt für Gemeindedienst, Evang. Landeskirche, Hannover;  
**Irene Knoke**, SÜDWIND e.V.;  
**Lydia Krueger**, WEED (i.V. von Ann-Kathrin Schneider);  
**Peter Lanzet**, Evangelischer Entwicklungsdienst e.V.;  
**Frank Mischo**, Kindernothilfe;  
**Dietmar Müßig**, Diözese Hildesheim;  
**Antje Queck**, Arbeitsstelle Eine Welt in der Ev. Luth. Landeskirche Sachsens;  
**Niklas Reese**, Philippinenbüro;  
**Matthias Rugel**, Katholische Jugend Thannhausen;  
**Wolfgang Scheidt**, Schwestern- und Brüderschaft d. Ev. Johannesstifts e.V.;  
**Wolfgang Schonecke**, Netzwerk Afrika Deutschland;  
**Georg Stoll**, Misereor;  
**Arndt von Massenbach**, INKOTA-Netzwerk;  
**Ursula M. von Tils**, Hilfruper Missionsschwestern;  
**Birgit Weinbrenner**, GMÖ Region Südl. Ruhrgebiet;  
**Dietrich Woelki**, Koordinierungskreis Mosambik;  
**Matthias Woiwode**, Diözese Hildesheim.

anderen kann es nützlich sein, die MDGs als Referenzrahmen für die Errechnung von Schuldentragfähigkeit zu nutzen, vor allem, um den Druck auf die Geberländer zu erhöhen.

#### Wahl des Bündnisrats

Am Sonntag wurde die Weiterarbeit in einem unbefristeten Bündnis beschlossen

und der neue Bündnisrat bestellt. Er setzt sich wie folgt zusammen: je vier Bündnisräte vertreten die Katholische und die Evangelische Kirche sowie die Arbeitsgruppen des Bündnisses. Je drei Bündnisräte vertreten die Fachorganisationen sowie die so genannte „bunte Säule“.

*Linde Janke*

## Der Übergang in ein längerfristiges Bündnis

Die Mitträgersversammlung hat einstimmig beschlossen, dass das Bündnis **erlassjahr.de** zeitlich unbefristet weiterarbeiten soll. Solange die Schulden da sind, soll es sich dafür einsetzen, dass sie gestrichen werden. **Wenn viele mitmachen, werden wir weiterhin Erfolg haben!**

Jetzt, gegen Ende der dreijährigen Arbeitsphase von **erlassjahr.de**, stellen sich viele Mitträgergruppen die Frage, ob Ihre Gruppe weiterhin bei **erlassjahr.de** mitmachen oder ob sie sich anderen Themen zuwenden soll. Während der letzten Jahre sind Arbeitszusammenhänge zu anderen wichtigen Themen entstanden, wie zur Handels-Kampagne „Gerechtigkeit Jetzt“ oder dem „Aktionsbündnis gegen AIDS“. Und manch einer mag sich entmutigt fühlen, weil trotz aller Anstrengungen die Schulden immer noch auf den Ländern der Dritten Welt lasten.

Es stimmt: die Schulden sind zum Großteil noch da. Aber es stimmt auch, dass **erlassjahr.de** viel erreicht hat! Die positive Haltung der Bundesregierung zu einem Internationalen Insolvenzverfahren wäre ohne **erlassjahr.de** nicht denkbar. Ebenso wenig wären die gravierenden Mängel bei der Entschuldungsinitiative für die ärmsten Länder (HIPC) ohne unsere sachkundige und unermüdliche Kritik aufgedeckt worden. Das Bewusstsein für die Ungerechtigkeit der Verschuldung ist dank der vielfältigen und zahlreichen Aktionen und Veranstaltungen in allen Teilen Deutschlands sehr gewachsen. Die Vernetzung mit anderen Entschuldungskampagnen in Gläubiger- und Schuldnerländern konnte erheblich ausgebaut und gefestigt werden. Die PartnerInnen aus den Schuldnerländern versichern uns, wie wichtig unsere Arbeit hier in den reichen Ländern für ihre Arbeit ist. Sie ermutigen und bitten uns weiter zu arbeiten.

Es stimmt auch, dass die Handelsfrage und der Kampf gegen AIDS wichtige Themen sind, die anzupacken sich lohnt. Sie sind allerdings mit der Lösung des Schuldenproblems eng verbunden: Der Hebel, mit dem die reichen Länder in die Wirtschaftspolitik der armen Länder eingreifen, ist deren Abhängigkeit von neuen Krediten und Deviseneinnahmen zwecks Schuldentilgung. Hier dürfen wir nicht locker lassen. **Wenn Armut und Krankheit überwunden werden sollen, muss die Überschuldung der Länder des Südens beendet werden!**

Die Mitträgersversammlung hat beschlossen, wie der Übergang der dreijährigen Mitträgerschaft von **erlassjahr.de** in das unbefristete Bündnis geregelt werden soll. Damit niemand den Wechsel verpasst, der gerne weiter dabei sein will, werden alle Gruppen angeschrieben. Diejenigen, die nicht in das unbefristete Bündnis übernommen werden wollen, werden gebeten, ihren Austritt zu erklären: per Rückmeldebogen, per E-Mail oder per Telefon bzw. Fax. Das heißt, wer seinen Austritt nicht in irgendeiner Form erklärt, wird als Mitträger in das unbefristete Bündnis übernommen.

Alle Mitträgergruppen sind herzlich eingeladen, ihre Mitträgerschaft fortzusetzen. Nur wenn sich viele Gruppen und Einzelmenschen beteiligen, kommen wir voran. Die Unterstützung kann sehr unterschiedlich aussehen und ist in aller Vielfalt herzlich willkommen: Sei es als rein finanzieller Beitrag, durch die Beteiligung an Aktionen oder die Mitarbeit in Arbeitsgruppen etc. Mit gleicher Post werden alle Mitträgergruppen eingeladen, eine Postkarte an Entwicklungshilfeministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul zu schicken: Die Bundesregierung soll erfahren, dass wir nicht aufgeben und nicht lockerlassen werden.

*Wir freuen uns, wenn sie dabei bleiben!*

*Susanne Luithlen, Linde Janke*

**Frank Kehlenbach,**  
**Direktor der Abteilung Internationale**  
**Beziehungen des Verbandes der**  
**Deutschen Bauindustrie (Die deutsche**  
**Bauindustrie hat gegenüber dem Irak**  
**Forderungen in Höhe von rund 1,7 Mrd.**  
**Euro).**

**Welche Lösung stellen Sie sich**  
**für die Schuldsituation des Irak vor?**

Aus meiner Sicht sollten parallel zur Schuldentragfähigkeitsanalyse, die ja vom IWF erstellt wird (im Juni 2004 geschehen; Anm. der Red.), sämtliche Forderungen mit dem Nachweis ihrer Rechtmäßigkeit dort gesondert hinterlegt werden. So würde aus meiner Sicht klargelegt, dass die durch den Pariser Club vertretenen Handelsschulden rechtmäßig sind. Und erst wenn das geschehen ist - meiner Meinung nach reden wir dann nicht mehr über einen Betrag von 120 Mrd. \$, sondern nur noch etwa über 60-80 Mrd. \$ - prüfen wir einen erforderlichen Schuldenerlass.

**Wie die Bauindustrie beteuert, sind alle**  
**ihre Forderungen nicht „odious“, d.h.**  
**unrechtmäßig. Würden Sie einer Einzelfall-**  
**bewertung der Projekte zustimmen und**  
**wenn ja bei welcher Institution?**

Wir haben intern die *odious-debts*-Doktrin auf unsere Projekte angewandt und sie nicht für einschlägig befunden. Unbestritten war Saddam ein Diktator. Aber ist eine Forderung schon deswegen „odious“ weil ein Diktator oder ein diktatorisches Regime der Auftraggeber einer Infrastrukturmaßnahme ist? Es gibt über 180 Staaten in der Welt, in vielen gibt es Korruption und die meisten sind nach unserem westlichen Verständnis nicht demokratisch. Trotzdem wird zum beiderseitigen Vorteil Handelsaustausch betrieben.

Dann die Frage „Kamen die Projekte der Bevölkerung zugute?“ In der Tat ist bei den Projekten, die über Hermes versichert worden sind, ein Nutzen für die Bevölkerung festzustellen. Das können wir belegen und tun es auch, und zwar beim Pariser Club, beim Bund und auch gegenüber der irakischen Regierung.

**Sie haben den Pariser Club genannt. Es**  
**gibt Beispiele – Senegal, Uganda - bei**  
**denen seine Instrumente versagt haben.**  
**Was macht Sie so sicher, dass das beim**  
**Irak nicht auch passiert?**

Ich glaube da liegt die Schuld nicht allein beim Pariser Club. Er hat Schuldenerleichterungsmodalitäten, die von null Prozent, also kommerzieller Umschuldung, über 33, 50, 67, 80 Prozent Schuldenerleichterung

bis hin zu HIPC, also 90 Prozent, reichen. Also eine ganz breite Palette. Die Basis für die Umschuldungskonditionen sind die Schuldentragfähigkeitsanalysen des IWF und der Weltbank. Und es kann sein, dass diese im Falle von Senegal und Uganda nicht so fundiert waren, wie man es hätte erwarten können. Jedenfalls sind die genannten Länder ein Indiz dafür, dass dort Verbesserungsbedarf besteht. Wenn die Analyse des IWF sauber gemacht wird, dann wird die Entschuldung des Irak funktionieren. Aus meiner Sicht heißt das, man muss die bestehenden Instrumente verbessern, nicht aber ein ganz neues Verfahren erfinden.

**Sie und andere Redner gehen davon**  
**aus, dass der Schuldendienst aus der**  
**Ölförderung bezahlt werden kann. Was**  
**passiert aber, wenn diese optimistischen**  
**Einschätzungen und die zugrunde geleg-**  
**ten Gewinne falsch sind? Wären Sie dann**  
**bereit mehr Schulden zu erlassen?**

Das sind im Moment alles Spekulationen. Wichtig ist doch, welches Basisjahr für die Schuldentragfähigkeitsanalyse genommen wird. Wenn ich das Jahr 2004 nehme, in dem BSP und Exportvolumen gering sind, und dagegen die Schulden aufrechne, erhalte ich natürlich eine sehr schlechte Prognose für den Irak. Wenn ich aber – so wie wir – das Jahr 2007 als Basisjahr nehme, wenn die Erdölförderung läuft und der Export wieder ein wenig diversifiziert ist, haben Sie eine ganz andere Quote. Wir plädieren nochmals dafür abzuwarten, wie hoch die Forderungen sind, um dann im Jahr 2005 zu schauen, wie hoch die Exporte sind und wie sie sich entwickeln könnten. Sollten dann noch weitere Schuldenreduzierungen notwendig sein, würde sich die deutsche Bauindustrie dem nicht verweigern, da bin ich sicher. Natürlich nur, wenn auch andere mitziehen.

**Und wenn der Export, z.B. wegen**  
**Sabotage, gar nicht in Gang kommt?**

Also ein Pariser Club-Verfahren sieht immer eine Anzahl von Freijahren vor bevor die Rückzahlungen beginnen. D.h., selbst wenn der Pariser Club eine Rückzahlung in Höhe von zum Beispiel 70 Prozent entscheidet, müsste der Irak voraussichtlich nicht vor dem Jahr 2009 mit den Zahlungen beginnen.

**Lernt die deutsche Bauindustrie aus dem**  
**Fall Irak, in dem Sinne, dass sie nun bei**  
**anderen Diktatoren vorsichtiger ist mit**  
**Investitionen etc.?**

Es gibt natürlich eine Lernkurve bei den Unternehmen, übrigens auch bei den



## Wer zahlt die Paläste des Diktators?

Banken. Es ja so, dass die Bauindustrie solche Projekte nicht alleine durchführt, denn die müssen i.d.R. finanziert werden, teilweise auch von internationalen Instituten wie der Weltbank. Ich glaube nicht, dass heute noch eines der deutschen Bauunternehmen mit einem saddam-ähnlichen Regime Geschäfte machen würde. Aber die 80er Jahre waren eine andere Zeit. Einige NROs haben viel dazu beigetragen, dass heute ein anderes Bewusstsein vorherrscht. Aber: was macht man zum Beispiel aktuell im Falle Chinas? Das ist keine Demokratie im westlichen Sinne, aber zum Beispiel im Infrastruktur- und Umweltbereich hat das Land einen enormen Investitionsbedarf: Überlassen wir unsere Technologie einem solchen Regierung oder nicht? Hier liegt eine große Herausforderung. Insgesamt aber werden die Projekte heute von allen Seiten viel genauer durchleuchtet als vor 20 Jahren.

Berlin, March 16-17



**Am 16. und 17. März hat erlassjahr.de gemeinsam mit der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin eine internationale Konferenz zur Schuldensituation des Irak organisiert. Durch die Beteiligung von Exil-Irakern, Bundesregierung und Privatgläubigern ergaben sich viele gute Kontakte und eine Reihe von Absprachen im Kreis der teilnehmenden NROs. Insgesamt ist es gelungen, das Thema „Odious Debts“ von der theoretischen Untermauerung bis hin zur praktischen Anwendung zu diskutieren. Während der Tagung hat Torsten Eßer zwei Teilnehmer zu ihrem Standpunkt bezüglich einer Entschuldung des Irak befragt.**

**Was ist der wichtigste Eindruck, den Sie von dieser Konferenz mitnehmen?**

Dass beide Seiten, NROs auf der einen, Pariser Club und private Gläubiger auf der anderen, sich einig sind, darüber, dass wir Klarheit bei den Zahlen brauchen, sowohl was die Höhe der Forderungen betrifft als auch das zukünftige Exportpotential. Des Weiteren, dass beide Seiten sagen, dass sie dem Irak eine Perspektive bieten und ihn schnellstmöglich in die Weltwirtschaft reintegrieren wollen und dass wir bei der Höhe der Schulden wahrscheinlich Konzessionen machen müssen. Die Frage aber, wer für die Entscheidung über die Höhe der Schulden zuständig ist, bleibt kontrovers: Sind das die Gremien, die das seit Jahren machen, also IWF, Weltbank und Pariser Club, oder sollen wir eine neue Institution schaffen. Daran entzündet sich eine sehr sachliche Diskussion und das ist positiv zu werten.

**Patricia Adams,  
Direktorin von Probe International,  
Toronto. Probe setzt sich  
für ein Internationales  
Insolvenzverfahren ein.**

**Welche Lösung sehen Sie für den Irak?**

Ich schlage vor, dass eine neue irakische Regierung einen Schlichtungsprozess etabliert in dem beide Seiten repräsentiert sind, Schuldner und Gläubiger. Die erste Maßnahme muss jedoch sein, dass eine irakische Regierung die gegen sie bestehenden Forderungen erfasst. Sie sollte in den wichtigsten internationalen Finanz-Publikationen Anzeigen schalten, in denen sie die Gläubiger auffordert, ihre Ansprüche anzumelden und sie zu belegen. Dabei ist es wichtig, dass das Geld zum Vorteil der irakischen Bevölkerung verwendet worden ist. Wenn die Gläubiger das nicht glaubhaft machen können, sind ihre Forderungen gegenstandslos.

**Die deutsche Industrie sagt, dass ihre Forderungen alle gerechtfertigt, also nicht „odious“ seien. Sollte das zutreffen, auch bei anderen Gläubigern, was passiert dann?**

Dann kann die Regierung immer noch über einen Schuldenerlass verhandeln, auf Basis humanitärer Interessen zum Beispiel. Oder sie handeln langfristige Rückzahlungen aus. Das liegt am Verhandlungsgeschick der Regierung.

**Glauben Sie, dass alle Forderungen der deutschen Industrie rechtmäßig sind?**

Ich habe keinen Grund das nicht zu glauben. Ich empfinde es als gute Nachricht. Aber sie müssen das in jedem einzelnen Fall belegen.

**Es gibt das Argument, dass der Irak mit seinem Öl reich genug sei, seine Schulden zu bezahlen.**

Wenn ein Vertrag illegal ist oder juristisch nicht einklagbar, dann ist es irrelevant, wie reich der Irak evtl. sein wird. Die Iraker haben keine Verpflichtung, Schulden zu bezahlen, die aus Projekten stammen, die nicht zu ihrem Vorteil durchgeführt wurden. Das Geld wurde schließlich von

einer Regierung verwendet, die nicht legitimiert war. Geldgeber müssen eben vorsichtig sein, wem sie wofür Geld geben.

**Es gab das Gegenargument, dass es zeitlich gar nicht zu machen sei, jeden Fall auf seine Rechtmäßigkeit zu überprüfen.**

Das haben die Gläubiger gesagt, aber warum sollte es so lange dauern? Wenn sie die Beweise haben, dann lässt sich doch sehr schnell nachlesen, welches Projekt zum Beispiel der allgemeinen Infrastruktur zugute gekommen ist und welches nicht. Bei vielen sieht man es auch so. Und diejenigen Fälle, die sehr unklar sind, werden im Schlichtungsprozess behandelt, aber das sind bestimmt nicht viele. Das wird nicht den Ruf der Iraker beschädigen und so zukünftige Investoren verunsichern. Ich kann mir nicht vorstellen, dass jemand ihnen einen Vorwurf machen würde, weil sie die Gesetze befolgen.

**Und welche Institution sollte diese Entscheidungen fällen, wenn IWF etc. nicht die richtigen sind?**

Es gibt keinen Beweis dafür, dass diese Institutionen die Schuldenkrise lösen können, denn schließlich gibt es sie seit 50 Jahren und es ist schlimmer als je zuvor. Sie sind die Gläubiger und können nicht gleichzeitig über Schuldentragfähigkeit und Rückzahlmodalitäten etc. entscheiden.

**Wie soll eine neue Institution aussehen? Wie vermeidet man eine zu große Einflussnahme von Gläubigern oder Schuldnern?**

Gerade darum würde ich keine neue Institution schaffen, sondern so etwas ad hoc lösen. D.h. wenn ein Land die Rechtmäßigkeit einer Forderung oder seiner gesamten Schulden klären möchte, muss es sich an ein Schlichtungsgremium wenden, welches wieder aufgelöst wird, wenn die Arbeit getan ist. Es arbeitet nach internationalem Recht und den speziellen Regeln, denen es unterworfen ist. Das ist wie im Privatsektor, dort werden Auseinandersetzungen über Forderungen ja auch von einem Ombudsmann oder einem Gericht entschieden. Nur das diese danach weiter bestehen.

Entschuldungstext auf die Melodie von „Mackie Messer“ (Brecht/Weill)  
(zur freien Verwendung bei jeder Gelegenheit)

## Armut schändet

Arme Menschen haben Schulden und das Geld, es reicht nicht aus,  
manche hungern, manche frieren, viele wohnen nicht im Haus.

Arm zu sein, ist keine Schande, manchmal liegt es nur daran,  
wirst Du in diesem Haus geboren oder im Slum, gleich nebenan.

Arme Länder haben Schulden, reiche Länder oft noch mehr.  
Doch die Reichen stört's nur wenig, für die Armen ist es schwer.

Ich wär' gerne ohne Schulden. Doch wie tilge ich den Kredit?  
Wie soll ich die Zinsen zahlen? Ich weiß wirklich nicht: Womit?

Die Reichen sagen: „Ihr müsst sparen, wie die Made ohne Speck!  
Bildung, Umwelt und Gesundheit - diesen Luxus! Lasst ihn weg!

Eure Wälder müsst Ihr roden, feinste Hölzer schätzt die Welt.  
Frauen, an die Nähmaschinen! Schneidert T-Shirts, das bringt Geld!

Und die Waren gebt Ihr uns dann, denn wir machen mehr daraus.  
Von den verdienten Milliarden - leben wir in Saus und Braus!

Wenn Ihr brav seid und schön folgsam, überlegen wir... vielleicht,  
ob man von den Schuldenbergen ein ganz kleines bisschen streicht.

Wenn wir Reichen konferieren, in New York, London, Paris,  
seid Ihr Armen nicht geladen, weil der Flug zu teuer ist“.

Armer Mann und reicher Mann, standen da und sah'n sich an.  
Dann sagt der Arme bleich: Wär' ich nicht arm, wärst Du nicht reich!

Wir wollen eine neue Ordnung fordern, Fairness, Transparenz,  
und dass jedem das zuteil wird, was er braucht zur Existenz!

(Wiederholung: Und dass jedem das zuteil wird, was er braucht zur Existenz!)

*Hartmut Kremer, Agendabüro-Stadt Mülheim an der Ruhr*

## Termine

4./ 5.10.2004

### **Jahrestagung IWF/ Weltbank**

Jahrestagung von IWF und Weltbank  
in Washington. Dazu planen  
erlassjahr.de und attac eine Argentinien-  
Postkartenaktion (**Siehe Seite 19**)

14.-17.10.2004

### **Europäisches Sozialforum (ESF)**

3. ESF in London. Weitere Infos:

<http://esf2004.net>

17.10.2004

### **Internationaler Tag zur Beseitigung der Armut**

[http://www.un.org/esa/socdev/poverty/poverty\\_link3.htm](http://www.un.org/esa/socdev/poverty/poverty_link3.htm)

8./ 9.12.2004

### **Bündnisrat-Klausur erlassjahr.de**

Der Bündnisrat von erlassjahr.de trifft  
sich in Berlin



Im Zuge eines Hallenrundgangs kam der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Kurt Beck während des Kirchentages kurz an den **erlassjahr.de**-Stand. Er zeigte sich interessiert und unterschrieb – dank des Einsatzes von Linde Janke - die Montevideo-Erklärung.



Am Tag der Ring-Übergabe fand in der KfW auch eine Podiumsdiskussion zum Thema „Fünf Jahre nach dem Kölner Gipfel – Was hat der Schuldenerlass gebracht?“ statt. Auf dem Podium saßen Entwicklungshilfeministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul, Jürgen Kaiser von [erlassjahr.de](http://erlassjahr.de), Fidon Mwombeki, Schuldennetzwerk Tansania und der Leiter der HIPC-Abteilung der Weltbank, Vikram Nehru. Rund 100 Experten und Medienvertreter verfolgten die spannende Diskussion.

# Früher Vogel ohne Wurm

## Uganda in der HIPC-Initiative

Die „Perle“ Afrikas ist auch die Perle der HIPC-Initiative: Uganda war sowohl unter der ursprünglichen multilateralen Entschuldungsinitiative (HIPC-I) das erste Land, welches *decision-* und *completion-point* durchlief, als auch unter HIPC-II.

Im April 1997 wurde dem Land ein Erlass von 20 Prozent seiner Auslands verbindlichkeiten zugesagt, und genau ein Jahr später wurden 650 Mio. US-\$ tatsächlich gestrichen. Zwei Jahre später legte das Land den ursprünglich auf drei Jahre festgelegten Weg vom *decision-* zum *completion-point* in der Rekordzeit von drei Monaten zurück, indem es sich von Februar bis Mai 2000 für den tatsächlichen Erlass qualifizierte. 37 Prozent des Barwerts der verbliebenen Schulden wurden gestrichen. Das waren 1,3 Mrd. US-\$.

Nicht zu Unrecht bezeichnete deshalb das „Operations Evaluation Department“ der Weltbank, Uganda als „Lernfeld“ der HIPC-Initiative.<sup>1</sup> Gelernt haben alle Beteiligten sicher etwas, nicht zuletzt, weil Uganda als ein Land, in dem die Untragbarkeit

der Schulden bei den multilateralen Finanzinstitutionen schon sehr früh erkennbar war. Schon vor der HIPC-Initiative hatte das Land Anstrengungen unternommen, Schulden über den Rahmen des Pariser Clubs hinaus zu reduzieren und freiwerdende Mittel im Sinne der Armutsbekämpfung einzusetzen. Ein von einigen Gläubigerregierungen bilateral gespeister Fonds ermöglichte es damals, die bereits eine kritische Grenze erreichenden Schulden bei den multilateralen Finanzinstitutionen teilweise zu refinanzieren. Das Prinzip, welches HIPC später in größerem Stil anwenden sollte, wurde in Uganda bereits ausprobiert. Drei Erfahrungen machen Uganda zu einem mitunter tragischen Sonderfall der Entschuldung made in Washington:

### 1. PEAP und PAF als Vorläufer von PRSP

Die ugandische Regierung hatte schon Mitte der neunziger Jahre ernsthafte Anstrengungen unternommen, nicht nur die Einsparungen beim Schuldendienst für eine wirksame Armutsreduzierung einzusetzen, sondern dies auch als über zeugendes Argument zur Erreichung weiterer Zugeständnisse der Gläubiger einzusetzen. Die Einrichtung eines Armutsaktionsfonds (Poverty Action Fund; PAF) als ein öffentliches Sondervermögen, das aus Einsparungen beim Schuldendienst gespeist wird, schuf bereits 1995 ein vielbeachtetes Instrument, mit dem Projekte im ländlichen Raum finanziert wurden. HIPC nutzte dieses bereits bestehende Instrument ab 1998 und ergänzte es durch den Aktionsplan zur Armutsbekämpfung (Poverty Eradication



Action Plan; PEAP), einen Vorläufer der erst ein Jahr später offiziell eingeführten „Poverty Reduction Strategy Papers“ (PRSP)\*. Die ugandische Regierung hatte mit einem vergleichsweise hohen Maß an Offenheit die Zivilgesellschaft in die Formulierung ihrer Armutsbekämpfungsstrategie einbezogen. Auch die Möglichkeit, zugesagte Maßnahmen zu überprüfen, ist vergleichsweise gut, so dass in diesem Bereich gemeinhin von einem Modellfall gesprochen wird.<sup>2</sup>

Dass sie in eigener Initiative Entschuldung und Armutsbekämpfung miteinander verband, half der ugandischen Regierung, schwierige Klippen für ihre HIPC-Entschuldung zu umschiffen: Im Mai 1998 lancierten Gläubigerregierungen - darunter auch das Bundesfinanzministerium - die Nachricht, Uganda betreibe im Vorgriff auf die anstehende Entlastung unter HIPC massive Waffenimporte über den Hafen von Mombasa, um sich noch stärker im Kongokrieg engagieren zu können. Auch wenn diese Geschichten nie vollständig ver- oder falsifiziert werden konnten, hätten sie den Gläubigern eine Handhabe geboten, den anstehenden HIPC-Erlass aufzuschieben, wenn nicht gar platzen zu lassen. Die ugandische Regierung

konnte jedoch darauf verweisen, einen unabhängigen, von der Weltbank und der örtlichen Zivilgesellschaft überwachten, Fonds geschaffen zu haben, der alleiniger Nutznießer des HIPC-Erlasses sein würde.<sup>3</sup> PEAP funktioniert seither im Rahmen des HIPC-II/PRSP-Prozesses mit den gleichen kritischen Anfragen, denen sich die Umsetzung von HIPC/PRSP auch andernorts stellen muss: Die klassische Strukturanpassung ist durch die Armutsbekämpfungsstrategie nicht abgelöst, sondern nur ergänzt worden. Trotzdem gilt im weltweiten Vergleich das ugandische Modell der Verbindung von Entschuldung und Armutsbekämpfung als insgesamt erfolgreich.

## 2. 150 Prozent wovon?

Unter HIPC-I sollte der auszusprechende Erlass auf der Grundlage der Hochrechnungen der Weltbank hinsichtlich der Exporteinnahmen in den Jahren nach dem *completion-point* berechnet werden. HIPC-II reformierte dieses Verfahren dahingehend, dass die 150 Prozent künftig auf der Grundlage der realen Einnahmen am *decision-point* berechnet werden sollten. Angesichts der bisherigen – überoptimistischen – Projektionen stellt der Bezug auf reale Einnahmen einen großen Fortschritt dar.

Gleichwohl wehrte Uganda sich auch gegen diese Berechnungsart, da im Berechnungsjahr 1997 der Preis für das Hauptexportgut Kaffee außergewöhnlich hoch war. Statt dessen schlug Kampala vor, den Durchschnitt der letzten sechs Jahre (vor 1996) zugrunde zu legen. So wäre auch eine Niedrigpreisphase einbezogen worden, was den Erlass entsprechend vergrößert hätte. Als Kompromiss einigte man sich auf einen dreijährigen Durchschnitt, der in der Folge zum HIPC-II-Standard wurde. Wie wichtig es war, an diesem Punkt der Willkür der Gläubiger entgegenzutreten, zeigte sich danach immer wieder an den übertrieben positiv angesetzten Einnahmeerwartungen in anderen Fällen.

## 3. Was wird reduziert?

Am 11.9.2000 gewährte der Pariser Club, wie er selbst es formulierte, Uganda einen vollständigen Erlass seiner Verbindlichkeiten. Obwohl wegen der Forderung vieler NROs nach einem vollständigen Erlass für die HIPC der Zahl „100 Prozent“ eine hohe Symbolkraft zukam, vollzog sich dieser Schritt sehr unspektakulär. Denn seit langem war bekannt, dass Uganda im Pariser Club einen vollständigen Erlass be-

\* Sie wissen nicht was PRSP oder andere Begriffe bedeuten?  
Schauen Sie ins Glossar auf unserer Website: [www.erlassjahr.de](http://www.erlassjahr.de)

nötigen würde, um auf das Entlastungsziel von 150 Prozent Gesamtverschuldung (Barwert) im Verhältnis zu den Exporteinnahmen zu kommen. Wegen der hohen Verschuldung bei den multilateralen Gläubigern und des komplizierten Lastenverteilungsschlüssels zwischen den verschiedenen Gläubigern, werden die Regierungen des Pariser Clubs in Zukunft überhaupt keine Zahlungen aus Kampala mehr erhalten.

Allerdings wäre der Pariser Club nicht der Pariser Club, wenn es nicht auch in einer solchen radikalen Lösung noch Kleingedrucktes und versteckte Fallen gäbe:

Genau genommen nämlich hätte Uganda sogar einen 139prozentigen Erlass vom Pariser Club bekommen müssen, und zwar auf seine gesamten Pre-Cut-off-Date-Forderungen. Das sind diejenigen Kredite, die das Schuldnerland erhalten hat, bevor es zum ersten mal im Pariser Club um eine Schuldenreduzierung nachgesucht hat. Nur über diese Schulden wird überhaupt zwischen den beiden Seiten verhandelt. Bei Uganda liegt das „Cut-off-Date“ besonders früh, nämlich im Jahr 1981. So kam es, dass aus einem Erlass des Clubs in Höhe von 67 Mio. US-\$<sup>4</sup>, welcher nötig gewesen wäre, um das Tragfähigkeitsziel zu erreichen, nur 48 Mio. US-\$ aus Pre-Cut-Off-Date-Schulden erlassen werden konnten. Schlicht, weil es mehr nicht gab. Die verbleibenden 19 Mio. wurden aus zwei weiteren bilateralen Schuldenkategorien genommen: drei Mio. aus den Post-Cut-off-Date-Schulden und 16,7 Mio. aus den Entwicklungshilfesschulden.

Ersteres ist ein bemerkenswerter qualitativer Fortschritt, eigentlich sogar noch bedeutender als das Erreichen der „Schallmauer“ von 100 Prozent. Bisher wurde nämlich die Forderung nach Einbeziehung der Post-Cut-off-Date-Schulden mit fadenscheinigen Begründungen – „so werde schlechtes Wirtschaften auf Seiten des Schuldners, so genannter ‚moral hazard‘, unterstützt“ - vom Pariser Club verweigert. Bilateral haben einige Länder, wie z.B. die USA, dieses qualitativ und quantitativ höchst ärgerliche Tabu

längst ausgehebelt, indem sie in ihre Erlasse zugunsten der HIPC-Länder einfach alle Schulden einbezogen haben, die bis zum Kölner Gipfel 1999 aufgenommen worden waren. Deutschland gehörte in diesem Punkt eher zu den Hardlinern und bestand auf den Ausschluss der Post-Cut-Off-Date-Schulden. Dass im Falle Uganda unter dem Druck der Verhältnisse davon abgerückt wurde - ohne dass die internationalen Kreditbeziehungen des Schuldnerlandes deswegen schlagartig zusammenbrechen, wie die Gläubiger gern behaupteten – stellte einen wichtigen Präzedenzfall dar.

Ärgerlich dagegen ist, dass der umfangreichere Teil des zusätzlichen Erlasses aus den Entwicklungshilfesschulden bestritten wurde. Diese werden nach gängiger Pariser-Club-Regelung grundsätzlich nicht erlassen. Allerdings hatte der Kölner Gipfel beschlossen, dass alle in die HIPC-Initiative einbezogenen Länder über den Erlass der Nicht-Entwicklungshilfesschulden, der zur Erreichung des Tragfähigkeitsziels notwendig ist, hinaus, einen vollständigen Erlass ihrer Schulden aus der Entwicklungshilfe erhalten sollten. Durch diese zusätzliche Gratifikation würden eine Reihe von Ländern über die angestrebte Schuldendienstquote von 15 Prozent hinaus auf einen Wert um oder gar deutlich unter 10 Prozent entlastet.

Wird nun ein Teil der Entwicklungshilfesschulden vorab erlassen, um das Tragfähigkeitsziel zu erreichen, vermindert sich entsprechend der zusätzliche Erlass. Den Kölner Beschlüssen angemessen wäre statt dessen gewesen, die Post-Cut-Off-Date-Schulden vollständig zu streichen. Diese betragen im Falle Ugandas 17,8 Mio. US-\$. Die verbleibenden 1,2 Mio. hätten dann von den multilateralen Gläubigern aufgebracht werden müssen. Die Entwicklungshilfesschulden wären dann nach dem Erreichen des *completion-point* zusätzlich erlassen worden. So, wie es gemacht wurde, zahlte Uganda seine Entschuldung - zumindest teilweise - selbst. Deutschland blieb von dem ganzen Verfahren übrigens weit gehend unberührt, da es keine Ent-

wicklungshilfe- und nur minimale Handelsforderungen an Uganda hatte.

### Von der „Perle“ zum Stein im Schuh

Seit Erreichung des *completion-point* im Frühjahr 2000 wurde Uganda drei Jahre lang von den Gläubigern als Erfolgsgeschichte dargestellt. Im September 2003 sah die Weltbank sich dann genötigt, ein paar unangenehme Tatsachen über die „Perle“ in ihrer HIPC-Krone zu veröffentlichen:

Zunächst ist Uganda dasjenige HIPC mit den meisten anhängigen Klagen – nämlich in fünf Fällen – aller HIPCs: Auf ursprüngliche Schulden im Umfang von 21,9 Mio. US-\$ haben private und ein öffentlicher Gläubiger von Gerichten inzwischen Ansprüche von insgesamt 28,9 Mio. US-\$ zugesagt bekommen. Sollten Gläubiger auf diese Mittel innerhalb eines Jahres zugreifen können, würde sich der ohnehin wieder rasant ansteigende Schuldendienst Ugandas plötzlich um ein gutes Fünftel erhöhen.

Viel bedeutender ist allerdings, dass in der kurzen Phase zwischen der Frühjahrs- und der Herbsttagung von IWF und Weltbank 2003, praktisch alle Voraussagen hinsichtlich der Schuldendienstbelastung zur Makulatur wurden. Beobachter riefen sich angesichts der im September 2003 vorgelegten Projektionen hinsichtlich der absoluten Schuldendienstbelastung als auch der Schuldendienstquoten, d.h. des Schuldendienstes im Verhältnis zu den Exporteinnahmen, verwundert die Augen. Noch im April des gleichen Jahres hatten Weltbank und IWF ein äußerst positives Bild der künftigen Belastungen gezeichnet: Anhaltend weniger als 100 Mio. US-\$ würden zu zahlen sein, und die relative Belastung würde mit 8-9 Prozent nicht einmal weit über der von Erlaßjahr2000 geforderten Größenordnung von maximal 5 Prozent liegen. Im September erwies sich das positive Szenario dann plötzlich als Aprilscherz. Sowohl die relative als auch die absolute Belastung lagen plötzlich rund doppelt so hoch wie noch fünf Monate zuvor.

Uganda: Projektionen der Schuldendienstbelastung durch IDA und IWF im April und im September 2003

|                                       |                | 1998                   | 1999 | 2000 | 2001 | 2002 | 2003      | 2004  | 2005  |
|---------------------------------------|----------------|------------------------|------|------|------|------|-----------|-------|-------|
|                                       |                | Tatsächliche Zahlungen |      |      |      |      | Prognosen |       |       |
| gezahlter Schuldendienst (Mio. US-\$) |                | 110.0                  | 98.0 | 91.0 | 72.0 | 60.0 |           |       |       |
| fälliger Schuldendienst (Mio. US-\$)  | April 2003     |                        |      |      |      |      | 64.3      | 74.5  | 78.1  |
|                                       | September 2003 |                        |      |      |      |      | 99.8      | 128.6 | 148.4 |
| Schuldendienst/ Exporte (in Prozent)  | April 2003     | 15.0                   | 11.8 | 13.9 | 10.8 | 8.6  | 8.0       | 8.6   | 8.2   |
|                                       | September 2003 | 15.0                   | 11.8 | 13.9 | 10.8 | 8.6  | 12.4      | 14.9  | 16.3  |

Als Grund für die dramatische Verschlechterung wurden der Einbruch des Kaffee-preises auf ein Drittel seines Wertes vor der Jahrtausendwende und die zusätzliche Kreditaufnahme der ugandischen Regierung in den Jahren 1999-2001 angegeben.<sup>5</sup>

Beeindruckend an diesem Sachverhalt ist nicht nur, dass wieder einmal Export-einnahmen viel zu optimistisch angesetzt wurden. Vielmehr musste die Weltbank eingestehen, dass bei der Abfassung des decision-point-Dokuments eine kleine Panne unterlaufen war: Zwar war die drastisch steigende Kreditaufnahme, mit der der Einnahmerückgang wettgemacht wurde, in dem Dokument zur Kenntnis genommen worden. Unglücklicherweise tauchten die entsprechenden Belastungen dann aber in der Schuldentragfähigkeitsanalyse, welche die Grundlage für den Schuldenerlass und die künftige Kreditvergabe des IWF darstellt, nicht mehr auf.

Man wäre geneigt, den Technikern bei Bank und Fonds zuzugestehen, dass auch sie nur Menschen sind, denen kleine Fehler unterlaufen können. Wäre da nicht die Tatsache, dass ohne diesen kleinen Fehler etwa ein weiteres Viertel der ugandischen Auslandsschulden hätte gestrichen werden müssen, um das für dieses Land aufgestellte Tragfähigkeitsziel tatsächlich zu erreichen. Das hätte fast vollständig den Forderungen der beiden Institutionen entsprochen, die sich so peinlich verrechnet haben. Ein Schelm, der Böses dabei denkt? Nein, es reicht, in dem entsprechenden Sachstandsbericht weiter zu lesen: Auf Grund der beiden genannten Faktoren, heißt es dort, „stieg der Barwert der Gesamtverschuldung, der unter Annahme der vollständigen Umsetzung des zugesagten Erlasses am *completion-point* auf 150 Prozent der Exporteinnahmen gesunken war, auf 188

Prozent Ende Juni 2002. Dieser Quotient wird für 2003 voraussichtlich auf 193 Prozent steigen, **um dann im Laufe der nächsten zehn Jahre allmählich auf 150 Prozent zu sinken.**“ (Hervorhebung durch den Autor). Schließlich wird noch auf folgendes hingewiesen: „die HIPC-Schuldenerleichterung hat die Schuldendienstquote auf acht Prozent für 2003 abgesenkt“.

Diese Sichtweise fordert drei Kommentare heraus:

- ① Der episodische Charakter der acht Prozent-Quote allein im Jahr 2002 wird bereits an der Schuldendienstprojektion in dem gleichen Dokument deutlich (siehe obige Tabelle).
- ② Für die allmähliche Absenkung der Schuldenquote auf 150 Prozent gibt es keinen anderen Anhaltspunkt als den gleichen Optimismus, mit dem man sich gerade erst so grandios verrechnet hatte. Hilfsweise wird noch erwähnt, dass unter IDA-14 Uganda künftig Zuschüsse von der Weltbank erhalten soll. IDA-14 ist allerdings alles andere als finanziert, und der Kreis von Ländern, die nach HIPC untragbar verschuldet sind, und deshalb ähnlich entlastet werden müssten, ist ziemlich groß. Vielmehr geht die Diskussion um zusätzliche Entlastungen (*topping-up*) unter den Gläubigern derzeit dahin, 193 Prozent nicht besonders schlimm zu finden, und das Ziel von 150 Prozent als „Sicherheitspolster“ gegenüber der eigentlich ausreichenden, ursprünglichen HIPC-Grenze von 200-250 Prozent zu interpretieren.
- ③ Dass Uganda beim *topping-up* leer ausgehen wird, ist auch deshalb wahrscheinlich, weil Bank und Fonds bis

zum September 2003 die ihnen bereits bekannten Zahlen bewusst manipuliert haben. Dies betrifft nicht nur den Sachstandsbericht der IDA vom April 2003<sup>6</sup>, dessen Autoren die übermäßige Kreditaufnahme in den Jahren 1999 bis 2001 bekannt gewesen ist, ebenso wie der Kaffeepreisverfall, dessen Folgen bereits im decision-point-Dokument vom Februar 2000 zur Kenntnis genommen worden waren. Trotzdem wurde er nicht nur im April 2003 ignoriert. Selbst in der internen Berechnung des Finanzbedarfs für das *topping-up* der nicht ausreichend entschuldeten Länder vom 18. August 2003<sup>7</sup> wird Uganda noch als Null-Kosten-Land bezeichnet, welches 150 Prozent dank zusätzlicher bilateraler Erlasse sogar unterschreitet.

Jürgen Kaiser

<sup>1</sup> vgl. OED. The Heavily Indebted Poor Countries (HIPC) Debt Initiative. An OED Review, Washington, D.C. Feb. 20th 2003, S. 15.

<sup>2</sup> vgl. [www.prpsp-watch.de/laenderprofile/uganda.php](http://www.prpsp-watch.de/laenderprofile/uganda.php).

<sup>3</sup> Zwei Jahre später wiederholte sich das gleiche Manöver in Form einer Affäre um den Kauf eines neuen Präsidentenflugzeugs (vgl. „Präsidentenflugzeug stoppt Schuldenerlass“, in: FR, 16.4.2000).

<sup>4</sup> Alle Angaben im Folgenden in Barwerten.

<sup>5</sup> vgl. IMF/ IDA. Heavily Indebted Poor Countries (HIPC) Initiative – Status of Implementation, Sept. 12th 2003, S. 75/76 ff.

<sup>6</sup> vgl. IDA. Heavily Indebted Poor Countries (HIPC) Initiative – Statistical Update, April 11th 2003.

<sup>7</sup> vgl. IDA. Enhanced HIPC Initiative: Considerations regarding the calculation of additional debt relief at the completion point, 18.8.03.

## Deutscher Argentinien-Gläubiger als Comic-Held in Clarín

In der größten argentinischen Tageszeitung „Clarín“ erschien für einige Monate ein neuer Charakter im Comicstrip „La Nelly“: Klaus aus Tirol. Auch wenn angesichts der erdrückenden Schuldenlast Argentiniens bei seinen institutionellen wie privaten Gläubigern niemandem wirklich zum Lachen zumute ist, so sorgte der Gläubiger aus Österreich mit seinen Regressforderungen doch für erhebliches Schmunzeln im Land.



Sein reales Vorbild stammt jedoch aus Bayern: Stefan Engelsberger, Präsident der „Interessengemeinschaft Argentinien“ (APA), einer Gläubiger-NGO, der auch österreichische Geschädigte angehören. Konträr zum Klischee des Gläubigers als humorlosem Gesellen, sorgte er im Dezember 2001 für Aufsehen, als er medienwirksam mit einem Fahrrad Buenos Aires durchstreifte, um sich ein Bild von der Situation vor Ort zu machen. Er vertritt die Meinung, dass eine Rückzahlung der Schulden auch den Argentinern selbst nützen würde, da so ausländische Investoren wieder Vertrauen in das Land gewinnen und neue Arbeitsplätze schaffen würden. Diesen Standpunkt vertritt er auch

auf dem von Misereor und **erlassjahr.de** im März in Berlin organisierten Studientag zur Schuldensituation Argentiniens. Engelsberger besitzt zumindest Humor, denn bei einem weiteren Aufenthalt in Argentinien besuchte er die beiden Macher von Klaus, den Zeichner Sergio Langer und den Texter Rubén Mira. Klaus machte erstmals den Argentinern seine Aufwartung, als er im Haus der pensionierten Argentinierin Nelly auftauchte, um die Hälfte des Eigenheims für sich zu beanspruchen, weil dessen Wert beträgt exakt den ihm zustehenden Gläubigeranteil an der auf alle Argentinier hochgerechneten „deuda“ (Schuld) beträgt. Auch wenn Nelly zunächst nicht erfreut auf

den eigentümlich Spanisch sprechenden „Gast“ reagierte, fassten die beiden doch relativ bald Zuneigung. Einmal versuchte Klaus sogar, mit seinen Bons Nelly aus einer misslichen Lage freizukaufen. Dem heftigen Werben Nellys entzog sich Klaus, indem er auf einen stetig wachsenden Baum kletterte, von wo ihn schließlich ein Flugzeug des IWF mit Anne Krüger am Steuerknüppel rettete.

Auch wenn Klaus momentan nicht mehr im Cartoon vorkommt, wird er „mit 100-prozentiger Sicherheit wiederkommen“, versicherte Rubén Mira: „Das Thema der deuda ist ja auch in der Realität bei weitem noch nicht gegessen.“ (Infos aus der Tiroler Tageszeitung, 24.06.04)



„Komm' her Gringo, damit ich Dir deinen Schuldenteil auszahlen kann.“  
 „Hilfe! Diese Eingeborenen verstehen den modernen Kapitalismus nicht.“



Auf dem von **erlassjahr.de** und Misereor in Berlin veranstalteten Studientag zur Schuldensituation Argentiniens diskutierten rund 50 Experten und Vertreter der argentinischen Zivilgesellschaft über Lösungsmöglichkeiten der Schuldenkrise. Anwesend waren u.a. Vertreter der Bundesregierung, der argentinischen Botschaft, verschiedene Bondholder-Gruppen, Banken, NGOs und lateinamerikanische Medien. Und natürlich auch „Klaus“ alias Stefan Engelsberger.

# Bolivien: ein zweites Argentinien?

**Bolivien wurden schon mehrfach Schulden erlassen und trotzdem stabilisiert sich seine finanzielle Lage nicht. Das Land erreichte im September 1997 unter HIPC-I den *decision-point* und genau ein Jahr später den *completion-point*. Unter der erweiterten Initiative (HIPC-II) dauerte dieser Weg etwas länger, von Februar 2000 bis Juni 2001. Dazu folgende Zahlen und Annahmen.**

Außergewöhnlich hoch ist im bolivianischen Fall die Schuldendienstquote\*, welche nach den letzten Berechnungen oberhalb von 16 Prozent bleiben wird, und damit deutlich über den Quoten von anderen HIPC-Ländern, die vergleichbare Schuldenstandindikatoren aufweisen.<sup>1</sup> Dies liegt im Wesentlichen an dem relativ hohen Anteil marktnah verzinsten und kurzfristiger Schulden. Die Projektionen hinsichtlich der zu erwartenden relativen und absoluten Belastungen durch den Schuldendienst weichen sehr stark voneinander ab – nicht zuletzt durch die Unruhen, die Ende 2003 zum Rücktritt der Regierung Sanchez de Losada führten, und deren ökonomische Konsequenzen: Ursprünglich sollte der bolivianische Schuldenstand bis zum Ende der Dekade und darüber hinaus deutlich unterhalb der HIPC-II-Tragfähigkeitsgrenze von 150 Prozent liegen. In den Berechnungen der *International Development Association* (IDA) zum Finanzierungsbedarf für ein *topping-up* des HIPC-Erlasses vom August 2003<sup>2</sup> wurde kein zusätzlicher Finanzierungsbedarf für Bolivien ausgewiesen.

Dies änderte sich vor allem durch Einbrüche beim vorhergesagten Wachstum des Bruttoinlandproduktes (BIP) und bei den Exporten sowie durch eine unvorhergesehen hohe Kreditaufnahme des Landes.

## Schuldentragfähigkeit mit oder ohne Gasexport

Am *decision-point* von HIPC-II waren die Internationalen Finanzinstitutionen (IFIs) von einer durchschnittlichen Wachstumsrate des BIP von knapp 5,5 Prozent ausgegangen; die Exporte sollten überproportional um durchschnittlich 8,7 Prozent steigen. In der „Artikel-IV-Konsultation“\* von September 2003 ging der IWF von durchschnittlich 4 Prozent Wachstum aus, während die Weltbank etwas später in ihrer „Country Assistance Strategy“ zwischen 2003 und 2009 im Schnitt 3,3 Prozent ansetzte. Das Exportwachstum betrug im gleichen Zeitraum durchschnittlich 4,4 Prozent.<sup>3</sup> In dem sich abzeichnenden Krisenszenario kommt der IWF zu dem Schluss, dass das

Verhältnis von Barwert der Verschuldung zum BIP<sup>4</sup> bis 2007 oberhalb von 50 Prozent verharren und damit untragbar bleiben wird – während die gleiche Projektion in der „Artikel-IV-Konsultation“ von Januar 2001 noch einen deutlich unter 30 Prozent fallenden Wert vorsah. Der Wert um 50 Prozent gilt allerdings auch nur, wenn die anstehenden Belastungen aus den privatisierten Pensionskassen herausgerechnet werden (s.u.). Ab 2008 sieht der IWF eine deutlich positive Entwicklung, indem die Gewinne aus der in den Jahren 2004 bis 2007 gebauten Gaspipeline die Einnahmen deutlich steigen lassen werden. So steigt in den Hochrechnungen des IWF das Exportwachstum, das im Jahr 2007 noch 4,7 Prozent betragen soll, sprunghaft auf 7,6 Prozent im Jahr 2008 an. Etwa 2 Prozent des BIP entsprechen den erwarteten Einnahmen aus dem Gasexport in Höhe von rund 500 Mio. US-\$ pro Jahr. Jede Störung dieses „Basis-Szenarios“ führt in praktisch allen vom IWF durchgeführten Stress-Tests unmittelbar zu einem nicht mehr tragbaren Schuldenniveau und mithin zur Insolvenz.

Übereinstimmend nennen die Weltbank und der IWF den bis dato nicht beschlossenen und aus innenpolitischen Gründen äußerst umstrittenen Bau der Gaspipeline als *conditio sine qua non* für das Erreichen eines tragfähigen Schuldenniveaus. Die Weltbank<sup>5</sup> kann sich theoretisch auch eine aggressivere Anpassungspolitik als Grundlage für das Wiederherstellen von Schuldentragfähigkeit ohne das Gasprojekt vorstellen, hält sie aber für sozial und politisch nicht durchsetzbar. Der IWF sieht hingegen neben dem Gasexport noch eine zusätzliche Bedingung für die Herstellung von Zahlungsfähigkeit, nämlich die Finanzierung der derzeitigen Haushaltslücke durch weit gehend konzessionäre Mittel.<sup>6</sup> Sollten nicht beide Bedingungen zutreffen, wird die Gesamtverschuldung bis 2015 absehbar bis über 60 Prozent des BIP steigen und damit nach allen gängigen Maßstäben untragbar sein.<sup>7</sup>

Inzwischen ist das ursprüngliche Gasgeschäft geplatzt. Der Investor deckt sich in

Indonesien mit dem benötigten Erdgas ein. Gleichwohl propagieren die Washingtoner Institutionen in ihren Dokumenten massiv den Bau der Pipeline, welcher Gegenstand eines Referendums sein soll. Technisch und logistisch unterstützen sie die Kampagne der bolivianischen Regierung für den Pipeline-Bau. So logisch das Bemühen um die Erschließung von Einnahmequellen für die Finanzierung des Schuldendienstes – nicht zuletzt an die beiden Institutionen – auch ist, so ist ein solches Engagement in einer innenpolitisch derart vielschichtigen und kontroversen Frage mit dem Gebot der strikten politischen Neutralität, dem die Institutionen durch ihre Satzungen unterworfen sind, nur schwer vereinbar. Nicht nur, aber auch in der Folge der Unruhen und des Regierungswechsels sind die ausländischen Direktinvestitionen, welche der IWF in Höhe von mehr als 600 Mio. US-\$ in seine Tragfähigkeitsberechnungen eingebaut hatte, im Jahr 2003 nur zur Hälfte geflossen. Dies bedeutet nicht nur kurzfristig ein deutliches, nicht vorhergesehenes Minus auf der Einnahmeseite. Es mindert auch die Aussichten auf einen positiven Wachstumspfad über das Jahr 2003 hinaus.

## Interne Schulden

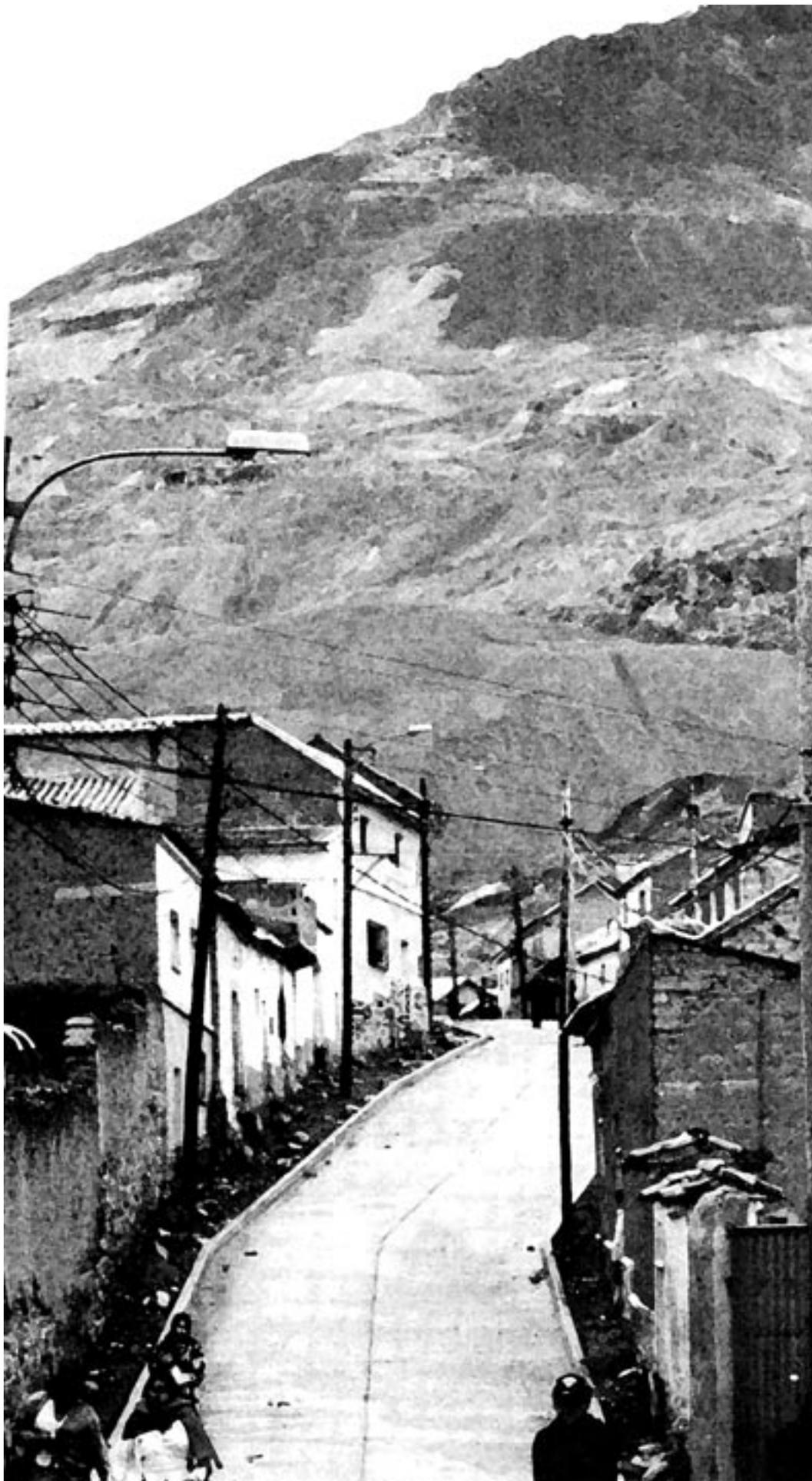
Die Weltbank geht von einer anhaltend hohen Belastung durch den Gesamtschuldendienst aus, an dem allerdings die interne Verschuldung einen beständig wachsenden Anteil hat. Angesichts des hohen Teils von sehr kurzfristigen Zahlungsverpflichtungen der internen Schulden sieht die Weltbank gerade in diesem inzwischen auf 1,4 Mrd. US-\$ angewachsenen Betrag ein Hauptproblem. Die internen Schulden sind die Folge zweier Entwicklungen: zum einen musste die bolivianische Regierung Zahlungsverpflichtungen aus der Privatisierung der Pensionskassen in einem von ihr selbst nicht vorhergesehenen Umfang abdecken<sup>8</sup>; zum zweiten ließ sich mit dem Verfehlen der Einnahmeerwartungen, sowohl aus dem Export als auch im fiskalischen Bereich, der Haushalt mit einem Defizit von 8,7 Prozent des BIP<sup>9</sup>

\*=Prüfung der Wirtschafts- und Finanzpolitik

nur durch eine massive interne Kreditaufnahme decken. Für das Jahr 2004 plant die Regierung die Ausgabe von dreijährigen US-\$-denominierten Anleihen und von 15jährigen Staatsobligationen. Auch wenn die Weltbank zur Verzinsung naturgemäß noch keine Angaben machen kann, muss davon ausgegangen werden, dass diese nur marktnah, d.h. mit den entsprechenden Aufschlägen auf US-Treasury-Bonds platzierbar sein werden. Vor diesem Hintergrund ist nicht erkennbar, dass die zweite, vom IWF genannte Bedingung, nämlich die Finanzierung des aktuellen Defizits durch konzessionäre Mittel, erfüllbar sein wird.

### Welche Mittel stehen zur Verfügung?

Der IWF hatte das Erreichen eines tragfähigen Schuldenniveaus von einer hauptsächlich konzessionären Finanzierung der aktuellen Defizite abhängig gemacht. Neben der oben beschriebenen internen Verschuldung war in den letzten Jahren vor allem der Andine Kreditfonds (*Cooperación Andina de Fomento*; CAF) ein wachsender Finanzier des bolivianischen Staates. 2002 stellte der CAF mit 274 Mio. US-\$ 52 Prozent der multilateralen Neuzufüsse.<sup>10</sup> Er leiht grundsätzlich zu nicht-konzessionären Bedingungen. Obwohl sein Anteil am gesamten multilateralen Forderungsbestand nur 11 Prozent betrug, kassierte er 2002 darauf 47 Prozent des gesamten Schuldendienstes: etwas mehr als der größte multilaterale Gläubiger, die Interamerikanische Entwicklungsbank (IDB), die einen deutlich höheren Forderungsbestand hat. Die IDB vergibt zumindest einen Teil ihres Kreditportfolios durch ein konzessionäres Fenster. Das hohe Engagement des CAF ist nicht nur für die beteiligten Länder, deren Zentralbankmittel vergeben werden, problematisch. Auch für Bolivien selbst ist das von IWF und Weltbank propagierte Bestreben, sich weitgehend konzessionär zu verschulden, so zum Scheitern verurteilt.<sup>11</sup> Interessanterweise warnt die Weltbank explizit vor einer Strategie, die auf interne Kreditaufnahme setzt – allerdings ohne Alternativen zu nennen.



## Wohin geht die Reise?

Die Weltbank legte im Rahmen ihrer „Country Assistance Strategy“ Berechnungen zum Finanzierungsbedarf für die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele vor. Demnach benötigt Bolivien jährlich zur Finanzierung im sozialen Bereich 1,4 Mrd. US-\$. Für die angestrebte Weiterentwicklung des produktiven Apparats werden weitere 1,1 Mrd. benötigt. Diese 2,5 Mrd. entsprechen dem Vierfachen des durchschnittlichen jährlichen Zuflusses externer Mittel in den Jahren 1998-2001, und immer noch dem Dreifachen des Spitzenjahres 2002. Auch ein vollständiger Schuldenerlass könnte zu dieser Finanzierungslücke nicht mehr als rund 300 Mio. US-\$ pro Jahr beisteuern. Aber das immerhin könnte er! Wohingegen der IWF das Potenzial für weitere interne Anpassungen, d.h. Einsparungen öffentlicher Ausgaben,

mit den am 16.09.2003 umgesetzten Einsparungen im Umfang von 0,4 Prozent des BIP, bereits für ausgeschöpft hält.<sup>12</sup>

## Nachtrag

Ein deutscher Regierungsvertreter umriss im April die Situation des Landes wohl treffend mit den Worten, Bolivien habe das vor sich, was Argentinien gerade durchmache: eine unregelmäßige Zahlungseinstellung an einen Teil seiner Gläubiger, weil schlicht keine Mittel mehr zur Verfügung stehen. Auch weil ein geordnetes Verfahren für Länder, die, wie im Falle Boliviens, schon zum zweiten Mal von der Gläubigergemeinschaft eine endgültige Lösung ihrer Überschuldungssituation erhalten haben, nicht existiert. Diese im fernen Berlin getroffene und vermutlich treffende Beschreibung lässt es umso sonderbarer

erscheinen, dass die IWF-Delegation in La Paz ihre „Artikel-IV-Konsultation“ im vergangenen Dezember mit der Empfehlung abschloss, dem Ersuchen um Bestätigung ihres Programms und Entbindung von verschiedenen darin eingegangenen Verpflichtungen der bolivianischen Regierung zuzustimmen und die zur Debatte stehende Kredittranche auszuzahlen. Dies, Benennung der Risiken bis hin zu der Feststellung, dass eigentlich die Grundlage für eine multilaterale Kreditvergabe nicht mehr gegeben ist, und dann die Empfehlung trotzdem weiterzufinanzieren, war in der Tat im Jahre 2001 die Strategie des Fonds in Argentinien. Für diesen Fehler übt der Fonds inzwischen – mit beträchtlicher Offenheit – Selbstkritik.<sup>13</sup> Auf den nächsten Länderbericht Bolivien darf man gespannt sein.

Jürgen Kaiser

\* Sie wissen nicht was *Schuldendienstquote* oder andere Begriffe bedeuten? Schauen Sie ins Glossar auf unserer Website: [www.erlassjahr.de](http://www.erlassjahr.de)

<sup>1</sup> Durch die erste Schuldenreduzierung unter HIPC-I sollte ein Verhältnis von Barwert des Schuldenstands zu den Exporten von 225 Prozent, unter HIPC-II eines von 150 Prozent erreicht werden.

<sup>2</sup> vgl. IDA. Enhanced HIPC Initiative: Considerations regarding the calculation of additional debt relief at the completion point, Washington D.C., 18.8.03.

<sup>3</sup> vgl. Report and Recommendations of the Presidents of the IBRD, IDA, IFC and MIGA to the Executive Directors on a Country Assistance Strategy for the Republic of Bolivia, Jan. 8th 2004, Annex C: Debt Sustainability Analysis, S.77.

<sup>4</sup> Interessanterweise konzentrieren sich im Falle Boliviens sowohl die „Article-IV-Consultation“ des IWF als auch die CAS der Weltbank hauptsächlich auf den BIP- und nicht auf den unter HIPC sonst gebrauchten Exporteinnahmen-Indikator. In ihrer jüngsten Vorlage für ihre Vorstände definieren die Stäbe von IDA und IWF - in einem methodologisch allerdings fragwürdigen Verfahren – 43 Prozent des NPV/BIP als Richtwert für die Grenze zwischen tragbarer und nicht tragbarer Verschuldung. Vgl. IMF/IDA. Debt Sustainability in Low Income Countries – Proposal for an Operational Framework and Policy Implications, Feb. 2nd 2004.

<sup>5</sup> vgl. Report... (siehe FN 2), S. 17.

<sup>6</sup> vgl. IMF. Bolivia. Second Review under the Stand-by Arrangement and request for Waiver of Applicability and Modifications of Performance Criteria, Sept. 25th 2003, S.10.

<sup>7</sup> vgl. IMF. Bolivia. Second Review..., S.32.

<sup>8</sup> Ohne Gründe für sie zu nennen, weißt der Exekutivdirektor für Bolivien im IWF auf die offensichtliche Fehleinschätzung durch die bolivianischen Behörden, und implizit auf deren Tolerierung durch IWF und Weltbank hin: vgl. Statement by Guillermo Le Fort, Executive Director for Bolivia, and Alonso Segura, Advisor to the ED, Oct. 6th 2003, S.3.

<sup>9</sup> vgl. Antwort der Bundesregierung auf eine „Kleine Anfrage“ der FDP-Fraktion vom 25.4.03, BT-Drucksache 15/878, S.3.

<sup>10</sup> vgl. CEPAS-CARITAS. La deuda Externa de Bolivia: Situación, Evolución y Propuestas de Acción, La Paz 2003.

<sup>11</sup> Bereits vor der politischen Krise des Jahres 2003 hatte die Weltbank geplant, Boliviens Zugang zu den sehr günstigen IDA-Mitteln zu verlängern, obwohl das Land mit einem pro-Kopf-Einkommen von etwas mehr als 1.000 US-\$ deutlich über der Zugangsgrenze von 895 US-\$ lag. Der so etwas außerhalb der Regeln gewährte Status Boliviens als „Blend-Country“ hat zumindest eine ansatzweise Rechtfertigung für die Aufnahme in die HIPC-Initiative geliefert, für die sich das Land von rechts wegen auch nicht qualifiziert hatte, da es keinen IDA-only, aber eben immerhin einen IDA-Status hat.

<sup>12</sup> vgl. IMF. Bolivia. Second Review...a.a.O. S. 25.

<sup>13</sup> vgl. IMF. Policy Development and Review Department: Lessons from the Crisis in Argentina, Oct. 3rd 2003.

# Argentiniens Schulden müssen weg!

„Reicher Mann und armer Mann, standen da und sahn' sich an. Und der Arme sagte bleich: Wär' ich nicht arm, wärst Du nicht reich.“ Bert Brecht

Argentinien ist pleite und steckt in der tiefsten sozialen und wirtschaftlichen Krise seiner Geschichte. Mehr als 50% der Bevölkerung leben unter der Armutsgrenze von rund 210 Euro pro Monat, jedes fünfte Kind ist unterernährt und 25% der arbeitsfähige Bevölkerung hat keine Arbeit und etliche mehr sind unterbeschäftigt. Dadurch ist die Kriminalität sprunghaft gestiegen und Bildungs- sowie Gesundheitsniveau sind gesunken.

## Was Sie tun können?

Mitmachen!

Postkarten oder E-Mails verschicken!

Wann? Ab jetzt bis zur Jahrestagung von IWF und Weltbank am 4. und 5. Oktober.

## Deshalb fordern attac und erlassjahr.de:

- ▶ Ein faires und unparteiisches Verfahren für Argentinien! Nur wenn weder Schuldner noch Gläubiger alleine bestimmen, kann es eine politisch und sozial gerechte Lösung geben.
  - ▶ Alle Gläubiger – der IWF, die Gläubigerländer, die Banken, die Anleiheehinger – müssen Abschlüsse hinnehmen!
  - ▶ Vermögen aus Steuerflucht und Korruption, die im Ausland unterbracht worden sind müssen herangezogen werden!
- **Höhepunkt dieser Kampagne ist die Jahrestagung von IWF und Weltbank am 4. und 5.10. in Washington. Die ungelöste Krise in Argentinien gehört dort auf die Tagesordnung. Machen Sie mit: Verschicken Sie Postkarten oder E-Mails.**
- **Vom 5.10. bis zum 17.10. werden außerdem Redner aus Argentinien für Veranstaltungen zur Verfügung stehen. Aktuelle Infos auf den unten angegebenen Websites.**

## An wen?

- ▶ An Finanzminister Eichel, denn Deutschland hält 6% der Stimmen bei IWF und Weltbank und ist ein mächtiges Mitglied.
- ▶ An attac/erlassjahr.de damit wir wissen, wie viele mitgemacht haben und damit wir Sie nach der Jahrestagung von IWF und Weltbank elektronisch ans Nachhaken erinnern können. Denn wir wollen wissen, was aus unseren Forderungen geworden ist.

Die Aktionsflyer können Sie im Büro von erlassjahr.de oder bei attac bestellen!

Weitere Infos unter [www.attac.de/argentinien.php](http://www.attac.de/argentinien.php) bzw. [www.erlassjahr.de/argentinien.php](http://www.erlassjahr.de/argentinien.php)

### INKOTA (Hrsg.).

#### Entschuldung für die Armen? Fünf Jahre nach Köln – eine Bilanz der HIPC-Initiative

Auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Köln beschlossen 1999 die G7-Regierungschefs die Erweiterung der HIPC-Initiative. Ziel der Initiative war es, die Entlastung von 38 hoch verschuldeten Ländern auf ein tragfähiges Maß zu erreichen. Im vorliegenden Band bilanzieren die Autoren und Autorinnen aus zivilgesellschaftlicher Sicht Erfolge und Fehlschläge bei der Entschuldung und Armutsbekämpfung seit dem Kölner Gipfel. Die Beiträge im ersten Teil geben einen Überblick über die Umsetzung der HIPC-Initiative in den letzten fünf Jahren. Der zweite Teil untersucht die Auswirkungen der Entschuldungsbemühungen der Gläubiger anhand zehn konkreter Länderbeispiele.

#### Bezug:

INKOTA-Texte 2, Juli 2004, 148 Seiten,

6 Euro zzgl. Porto

INKOTA-netzwerk e.V., Greifswalder Str. 33a,

10405 Berlin, Tel. +49-30-4289111

Fax +49-30-4289112

E-mail: [inkota@inkota.de](mailto:inkota@inkota.de), [www.inkota.de](http://www.inkota.de)



siehe auch Bestellliste von [erlassjahr.de](http://erlassjahr.de)

### SÜDWIND (Hrsg.).

#### Argentinien: Tanz auf dem Vulkan. Interne und externe Ursachen der Schuldenkrise

Einst eines der reichsten Länder der Erde steckt Argentinien heute in einer tiefen Wirtschafts- und Verschuldungskrise mit dramatischen sozialen Folgen: Mehr als die Hälfte der Bevölkerung lebt unterhalb der Armutsgrenze, jedes fünfte Kind ist unterernährt und 25% der arbeitsfähigen Bevölkerung arbeitslos. Warum ist die Wirtschaftspolitik in Argentinien gescheitert? Wer trägt die Verantwortung dafür? Welches könnten die Kernelemente einer geordneten Lösung sein? Was können Kirchen in Deutschland über die Projektarbeit hinaus tun, um einen positiven Beitrag zur Lösung der Krise zu leisten? Die Broschüre versucht diesen und anderen Fragen mit Grafiken und Fallbeispielen nachzugehen.

#### Bezug:

Siegburg 2004, 64 Seiten, 5 Euro

(ab 5 Exemplare 4,50 Euro, ab 10 Expl. 4 Euro)

plus 2,50 Euro Versandkosten

SÜDWIND e. V., Lindenstr. 58-60,  
53721 Siegburg

## Globalisierung, Glokalisierung, Amerikanisierung?

**Die so genannte Globalisierung hat viele Gegner bzw. Kritiker. Dabei ist sie kein neues Phänomen – spätestens seit der Völkerwanderung findet sie statt, und gegen ihre Folgen ist mehrheitlich nichts einzuwenden: wer möchte in Deutschland etwa auf Rockmusik oder Kartoffeln verzichten. Wogegen sich der Protest zu Recht richtet, sind die sozialen und ökonomischen Auswirkungen eines so genannten Turbokapitalismus, dessen einziges Ziel die Gewinnmaximierung einiger Weniger ist, auf Kosten des Leids von Millionen Menschen, der Umwelt und des Friedens. Befürworter und Kritiker der Globalisierung tauschen ihre Argumente zu selten auf Konferenzen aus, veröffentlichen dafür umso mehr Bücher zum Thema. Aus der Vielzahl der neueren Literatur hier eine kleine Auswahl:**

Das erste Verdienst des Buchs „Globales Amerika? Die kulturellen Folgen der Globalisierung“ liegt in der Erklärung und Aufschlüsselung all der Begriffe, die in der Diskussion um „Globalisierung“ durcheinander und oftmals synonym gebraucht werden, sowohl im wissenschaftlichen Diskurs, als auch in den Medien und der Öffentlichkeit. Die Frage „Was ist Globalisierung?“ zieht sich als roter Faden durch dieses sehr lesenswerte Buch. Ist sie gleichzusetzen mit einer Amerikanisierung der Welt, oder sogar mit einer McDonaldisierung? Kenntnisreich und erfreulich frei von ideologischen Vorurteilen erläutern Autoren wie der führende deutsche „Globalisierungsforscher“ Ulrich Beck in 12 Beiträgen nicht nur die Begriffe, sondern auch die Entstehung und Folgen der Globalisierung in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen. Als ein zweiter roter Faden wird die Rolle der USA bzw. der Amerikanisierung verschiedener Lebensbereiche oder sogar Länder behandelt: Amerikanische Produkte dominieren den Konsumgütermarkt weltweit, aber gehen deswegen lokale Eigenheiten verloren? Im großen und ganzen nein meinen die Autoren, denn das Globale tritt nicht an die Stelle des Nationalen/ Lokalen, sondern in ein Beziehung zu ihm (Glokalisierung), es entstehen neue, hybride Kulturen. Ulrich Beck plädiert daher für einen Kosmopolitismus, der das entweder-oder-Denken der Globalisierungsbefürworter und –gegner ignoriert, denn es gibt keinen Kosmopolitismus ohne lokale Verankerung, das wussten schon Kant und andere vor ihm. Transnationales Denken ist gefragt.

Zweifellos ist die Globalisierung gekennzeichnet durch die Beschleunigung des Alltagslebens sowie der Bilder und Informationen, so dass viele Menschen den Entwicklungen nicht mehr folgen können. Und der Turbokapitalismus darf nicht weiter außer Kontrolle geraten und die Menschen überrollen. Der Politikwissenschaftler Claus Leggewie ist ein erklärter Kritiker dieser Entwicklung, trotzdem begehrt er nicht den Fehler, sie nur platt zu kritisieren, wie viele der Globalisierungsgegner, die nach seinen Worten „mit im Fiaker sitzen“, sondern er versucht alternative Wege aufzuzeigen. In seinem Buch „Die Globalisierung und ihre Gegner“ analysiert er die verschiedenen Formen der Globalisierungskritik – von rechts bis links außen – und ihre Organisationsformen (auf Seite 128-129 geht er auch auf [erlassjahr.de](http://erlassjahr.de) ein) und zeigt Stärken und Schwächen auf. Eine seiner Schlußfolgerungen: Die Zukunft liegt in einer intelligenten ökonomischen Deglobalisierung, vorangetrieben durch weltbürgerliche Akteure.

Das „Schwarzbuch Globalisierung“ von Jerry Mander und Edward Goldsmith bedient hingegen in seinem vollen Umfang – immerhin 522 Seiten – die Befürchtungen der Globalisierungskritiker. International profilierte Experten – Naomi Klein, Carl Amery, Walden Bello u.a. - analysieren die Folgen der Globalisierung auf verschiedenen Gebieten, von der Landwirtschaft (José Lutzenberger) über die Kultur bis zum Klimaschutz. Organisationen wie IWF und WTO, aber auch Unternehmen wie „Monsanto“ werden kritisiert, der Freihandel

Fortsetzung Seite 23



**Karin Fournier, Lydia Krüger, Nicola Humpert, Ute Straub. Das Internationale Kreditregime, Währungskrisen und Perspektiven für eine Neue Internationale Finanzarchitektur**

Die Broschüre stellt die aktuellen Entwicklungen auf den Finanzmärkten dar, analysiert die Krisenphänomene und leitet daraus Vorschläge für eine Reform der internationalen Finanzbeziehungen ab. Die Publikation enthält neben einem Glossar weiterführende Literaturhinweise und eine Zusammenstellung von Links zu Finanzmärkten und IWF/ Weltbank.

Bezug:

ISBN-3-937383-11-5, 48 Seiten, 5 Euro zzgl. Versandkosten

WEED, Torstraße 154, 10115 Berlin, [weed@weed-online.org](mailto:weed@weed-online.org)

**FONDAD: Jan Joost Teunissen/ Age Akkerman (Eds.). HIPC Debt Relief: Myths and Reality**

This book presents a thorough analysis of the successes and failures of the HIPC Initiative and provides a wide range of suggestions of what needs to be done to ensure that debt relief contributes to poverty reduction and economic growth in poor developing countries.

Bezug:

ISBN: 90-74208-23-1, The Hague, 2004, 145 pages, 12,50 Euro  
[www.fondad.org/publications/hipc/contents.htm](http://www.fondad.org/publications/hipc/contents.htm)

**Alexandra Hoffert. Vermittlungen bei Schuldenverhandlungen zwischen Entwicklungsländern, Banken, Staaten und dem IWF**

Bezug:

Bochumer Volkswirtschaftslehre 2, Bochum 2004. Alexandra Hoffert  
[alexandra.hoffert@ruhr-uni-bochum.de](mailto:alexandra.hoffert@ruhr-uni-bochum.de)  
Telefon: (02 34) 32 – 2 57 28

**Bestellung an:**

Empfänger

Name .....

Straße .....

PLZ. / Stadt .....

**Bestellung von:**

Die mit \* gekennzeichneten Artikel sind nicht kostenpflichtig. Wir freuen uns aber, wenn Sie sie dennoch bezahlen.

| <b>Faltblätter und verschiedene Materialien</b> |  |  |
|---|--|--|
| 0,05 Euro*                                      | <b>Faltblatt zu Illegitimen Schulden: „Wer soll das bezahlen?“</b><br>Kurze Einführung ins Thema, Stand der Diskussion und Kriterien.  |  |
| 0,05 Euro*                                      | <b>Faltblatt: „Schulden sind kein Schicksal“</b><br>Zusammenfassung der wichtigsten Argumente der Broschüre.   |  |
| 16,- Euro<br>14,- ab 10                         | <b>CD: „Streicht die Schulden!“</b> International bekannte Künstler wie Cesária Evora, Chico César und Lokua Kanza singen und spielen neue Lieder für den Schuldenerlass.<br><b>1 Euro pro CD kommt dem Bündnis erlassjahr.de zu Gute.</b> |  |
| 0,05 Euro*                                      | <b>„Das drück ich durch. Die Ketten sprengen“</b>  |  |
| 0,05 Euro*                                      | <b>„Häufig erhobene Einwände gegen ein Internationales Insolvenzverfahren“</b>   |  |
| 0,05 Euro*                                      | <b>FTAP-Telegramm:</b> jeweils aktueller Stand der Diskussion zum Thema  |  |
| 1,- Euro*                                       | <b>Zeitschrift: Kampagnen-Kurier</b> Der Kampagnen-Kurier liefert Hintergründe, Trends und aktuelle Informationen (3-4 x Jahr). 20 – 24 Seiten   |  |
| 0,20 Euro*                                      | <b>Musterartikel erlassjahr.de</b><br>(Erhältlich als Ausdruck, E-Mail oder auf Diskette.)   |  |
| 6,- Euro je 50                                  | <b>Luftballons:</b> regenbogenfarbene Ballons mit erlassjahr-Logo  |  |
| 0,50 Euro.                                      | <b>Logobögen:</b> 3 Spalten mit je 7 Aufklebern mit dem erlassjahr.de-Logo   |  |
| 2,- Euro<br>1,50 Euro ab 10                     | <b>erlassjahr.de-Schal:</b> Die regenbogenfarbenen, angenehm zu tragenden und fair gehandelten Schals sind wieder zu beziehen!   |  |
| 0,20 Euro*                                      | <b>Plakat: Schulden sind kein Schicksal (London '53) DIN A2</b>  |  |
| 0,20 Euro*                                      | <b>Erlassjahr- Plakat: „Highlights“ der letzten Jahre.</b><br>Dieses Plakat ist in DIN A 3 und DIN A 2 vorhanden.  |  |
| 5,- Euro  | <b>Ausstellung: Plakatausstellung zur Kampagne Erlaßjahr 2000</b><br>16 Plakate zu Ursachen und Auswirkungen der Schuldenkrise   |  |
| 1,- Euro  | <b>T-Shirts: Shirts aus ungebleichter Baumwolle</b><br>mit farbigem Erlassjahr 2000 – Logo, unbedingt die gewünschte Größe angeben: M, L oder XL.  |  |
| <b>Videos</b>                                   |  |  |
| 7,50 Euro                                       | <b>„Schulden im Sinne der Anklage“</b><br>16 Min., Spielszenen und Erklärteile über Zusammenhänge und Geschichte der Verschuldung. Geeignet für Veranstaltungen. Autor: Thomas Pfaff, Dez. 2001  |  |
| 7,50 Euro                                       | <b>„Verschuldung – Eine Ansichtssache“</b><br>13 Minuten. Zeichentrick, 1998. Eine anschauliche Einführung in die Ursachen und Folgen der Verschuldungskrise. Eignet sich für den Themeneinstieg in Schulunterricht und Bildungsarbeit.    |  |

## Studien, Broschüren, Reports

|            |                              |   |
|------------|------------------------------|---|
|            | 4,50 Euro<br>3,50 Euro ab 10 | <b>Handbuch: „Illegitime Schulden“.</b> 63 Seiten, DIN A 4 ähnlich, November 2003, Hrsg.: erlassjahr.de, INKOTA, Philippinenbüro. Was Sie schon immer über Illegitime Schulden wissen wollten, aber bisher nicht nachschlagen konnten.  |
|            | 2,50 Euro<br>2,- Euro ab 10  | <b>Handbuch: „Entschuldung fair ändern“.</b> 56 Seiten, DIN A 4, Januar 2003, Hrsg.: erlassjahr.de. Einführung ins Schuldenthema und Lösungsansätze.  |
|            | 7,- Euro<br>6,50 Euro ab 10  | <b>„Die Umverteilungsmaschine.</b> Finanzmärkte, Verschuldung und Entwicklung.“ ca. 50 Seiten, DIN A 4, März 2003, Hrsg.: WEED  |
|            | 6,- Euro                     | „Das Kartell der Gläubiger aufbrechen. Faire und transparente Schiedsverfahren. Neue Wege zur Lösung von Schuldenkrisen.“ Thomas Fritz u. Philipp Hersel, 2002, 72 Seiten, DIN A 4, Hg.: BLUE 21, Bischöfliches Hilfswerk Misereor  |
|            | 2,50 Euro<br>2,00 Euro ab 10 | <b>„Zum 50. Jahrestag des Londoner Schuldenabkommens. Schulden sind kein Schicksal“;</b> Jürgen Kaiser; 22 Seiten, Nov. 2002. Vergleich zwischen der Entschuldung Deutschlands 1953 und der Situation der heutigen Schuldnerländer des Südens.                                      |
|            | 4,- Euro                     | <b>Studie: „Das Londoner Schuldenabkommen von 1953</b> - Lehren für eine Neuordnung der Handelsströme zwischen Nord und Süd.“ Philipp Hersel.<br>43 Seiten, 1999, eine pdf-Version dazu in Englisch und Spanisch unter <a href="http://www.erlassjahr.de">www.erlassjahr.de</a>     |
|            | 6,- Euro<br>4,- Euro ab 10   | <b>„Schuldenkrise in Argentinien – Wer zahlt die Zeche?“</b> 68 Seiten, Mai 2002. Die SÜDWIND-Broschüre dokumentiert die Beiträge eines Fachgesprächs vom 20.2.2002 in Berlin zur derzeitigen Situation in Argentinien, ergänzt durch Hintergrundinformationen zur aktuellen Lage.  |
|            | 5,- Euro<br>4,- Euro ab 10   | <b>„Armutsbekämpfung durch die Gläubiger? Erfahrungsberichte aus 11 Ländern.“</b> 116 Seiten, März 2001. Die SÜDWIND-Broschüre fasst den Stand der Umsetzung der Programme zur Armutsbekämpfung in 11 Beispielländern zusammen.   |
|            | 0,50 Euro*                   | <b>„Schuldenmanagement à la Louis XVI – Ein kurzer Gang durch Programm und Praxis des Pariser Clubs.“</b> Jürgen Kaiser, Januar 2000, 10 Seiten   |
|            | 2,- Euro                     | <b>Entwicklung auf Kredit. 25 Jahre Verschuldung und die Folgen am Beispiel Perus.</b> 28 Seiten, Dezember 2001, Hrsg.: Informationsstelle Peru   |
|            | 0,70 Euro*                   | <b>erlassjahr-Gottesdienst: „Lass’ uns den Weg der Gerechtigkeit gehen!“</b><br>12 Seiten, DIN A 4.   |
|            | 0,50 Euro*                   | <b>Eine Idee wird auf den Weg gebracht.</b> 28 Seiten, 1997, eine Dokumentation der Wuppertaler Auftakttagung von Erlassjahr 2000   |
|            | 2,- Euro<br>Schutzgebühr     | <b>Studie (engl.) Odious Debts - Odious Creditors? International Claims on Iraq.</b> Jürgen Kaiser/Antje Queck.<br>28 Seiten, 2004. Dialogue on Globalization No. 12- Reihe der Friedrich-Ebert-Stiftung.pdf-Version unter <a href="http://www.erlassjahr.de">www.erlassjahr.de</a> |
| <b>NEU</b> | 6,- Euro<br>Schutzgebühr     | <b>Entschuldung für die Armen? Fünf Jahre nach Köln – eine Bilanz der HIPC-Initiative</b> INKOTA Texte 2<br>128 Seiten, 2004, Eine Bilanz der AutorInnen aus zivilgesellschaftlicher Sicht über die Erfolge und Fehlschläge bei der Entschuldung und Armutsbekämpfung.              |

## Material

wird verdammt. Im dritten Teil werden „Schritte zur Umkehr“ aufgezeigt, wie die Förderung lokal verankerter (Wirtschafts)Systeme und die nachhaltige Ressourcennutzung.

Die Entwicklungsländer haben am meisten unter den Entwicklungen der ökonomischen Globalisierung zu leiden. Allerdings muss diese generelle Aussage genau betrachtet werden, um die wirklichen Ursachen benennen zu können, da häufig Dinge vermengt werden, die wenig miteinander zu tun haben, wie Joachim Betz, einer der Herausgeber des Bandes „Globalisierung und Entwicklungsländer“ schreibt: So sollten neuere Phänomene wie die Unterwerfung der nationalen Finanzpolitiken unter das Diktat der Weltfinanzmärkte und die Entgrenzung der Produktion und Kommunikation – sofern möglich – isoliert vom immer schon vorhandenen Welthandel betrachtet werden. In zehn Beiträgen, davon fünf mit regionalem Bezug, versuchen die Autoren diesem intellektuellen Anspruch gerecht zu werden.

Was bringen diese Bücher und ihre Erkenntnisse nun den Menschen, die weltweit unter den Folgen der Globalisierung zu leiden haben? Zunächst einmal werden die historischen und aktuellen Zusammenhänge klarer, Positionen von Befürwortern und Kritikern können kritischer hinterfragt,

die Verantwortlichen besser benannt werden. Vor allem aber können die Leser über ihr eigenes Verhalten nachdenken: Denn jedes in einer Demokratie lebende Volk bekommt die Regierung, die es verdient. Das läßt sich auch auf das Wirtschaftssystem übertragen: Wer in Deutschland – nach dem traurigen Motto „Geiz ist geil“ – immer das neuste Produkt zum geringsten Preis haben, und wer das ganze Jahr über Erdbeeren essen möchte, darf sich über den Turbokapitalismus nicht beschweren.

*Torsten Eßer*

**Ulrich Beck et al. (Hrsg.)**

**Globales Amerika?**

**Die kulturellen Folgen der Globalisierung**

**Bielefeld 2003 | transcript Verlag | 25,80 Euro**

**Claus Leggewie**

**„Die Globalisierung und ihre Gegner“**

**München 2003 | Beck | 9,90 Euro**

**Jerry Mander/ Edward Goldsmith (Hrsg.)**

**Schwarzbuch Globalisierung**

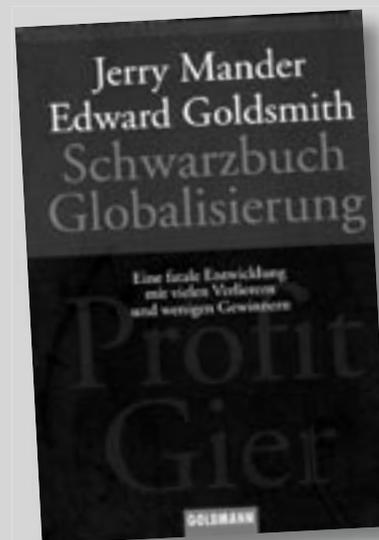
**München 2004 | Goldmann | 11,90 Euro**

**Joachim Betz/ Stefan Brüne (Hrsg.)**

**Neues Jahrbuch Dritte Welt**

**Globalisierung und Entwicklungsländer**

**Opladen 2003 | Leske+Budrich | 12,90 Euro**



### Wirtschaftsflüchtling

Die Gewehre,  
die seine Familie  
niedermähten,  
haben deutsche  
Ingenieure gebaut,  
die Asylablehnung  
haben deutsche Politiker  
verfasst  
und deutsche Beamte  
unterschrieben,  
ein deutsches Flugzeug  
trägt ihn zurück in die  
Heimat.

So gibt er vielen  
Deutschen  
Arbeit und Brot,  
hilft ihrer Entwicklung  
voran  
zur führenden Macht.  
Beim nächsten Mal  
versucht er es in  
Frankreich,  
die brauchen auch Hilfe.

### Technologietransfer

Um ein übersichtliches Schußfeld zu  
erhalten,  
haben sie in Vietnam die Bäume  
chemisch entlaubt,  
in Honduras die Wälder verbrannt,  
im Irak die Wüste planiert.

Restlichtaufklärung ermöglicht sichere  
Treffer  
auch bei Dunkelheit,  
Körperwärme zieht die Projektile  
zielgenau ins Fleisch.

Computer führen  
den Generälen die Hand.  
Perfekt und TV-gerecht,  
Regiefehler kollateral.

In Mozambik hingegen springen sie  
hinterm Baum hervor und hacken sich  
- man darf gar nicht hinschauen -  
mit der Machete den Kopf ab.

Was machen die bloß  
mit all der Entwicklungshilfe?

### Nächstenliebe

Jeden Tag  
stellte der reiche Herr  
den Teller mit seinem  
Mittagessen  
vor den Spiegel.  
Den einen Teller aß er,  
den anderen schenkte er  
den Armen.  
Die Verteilung  
legte er in Gottes Hände.  
Und der Herr schlief gut.

*Paul Eßer*

Paul Eßer,  
Schriftsteller und Lyriker.  
Weitere Informationen zu  
seinen Veröffentlichungen  
unter [www.esser-paul.de](http://www.esser-paul.de)

## Deutsche Parteien auf Schmusekurs mit erlassjahr.de



Heidemarie Wiczorek-Zeul (SPD) versucht **erlassjahr.de**-Koordinator Jürgen Kaiser zu bezirzen.

**Entschuldung**



### Merkel begrüßt Forderung nach Schuldenerlass

Ulm, 19.6.2004 (KNA) Die CDU-Vorsitzende Angela Merkel hat die Forderung der Kirchen nach weiteren Anstrengungen bei der Entschuldung der ärmsten Länder der so genannten Dritten Welt begrüßt. Diese Forderung sei „aktuell wie immer“, sagte Merkel beim Katholikentag in Ulm. Sie fügte hinzu, Entwicklungspolitik dürfe „keine Nischenpolitik“ sein.



„Der deutschen Bevölkerung muss klar sein, dass bestimmte Schulden nicht mehr einzutreiben sind, technisch nicht und moralisch erst recht nicht.“ (Gerhard Schröder auf der PK beim G8-Gipfel in Sea Island)



**erlassjahr.de**  
Entwicklung braucht Entschuldung

## Impressum

Der Kampagnen-Kurier dient der Kommunikation unter den Trägern und Interessenten des Bündnisses „erlassjahr.de – Entwicklung braucht Entschuldung“. Alle Institutionen können Mitträger des Bündnisses werden und erhalten den Kampagnen-Kurier kostenlos und automatisch. Einzelpersonen können das Bündnis unterstützen und den Kampagnen-Kurier ebenfalls kostenlos beziehen. Wir freuen uns über Förder-Abos, dazu bitte einmal jährlich 25 Euro mit Verwendungszweck „Förder-Abo“ überweisen.

### Bankverbindung:

erlassjahr.de e.V.  
Bank für Sozialwirtschaft in Köln  
Bankleitzahl: 370 205 00  
Kontonummer: 8 24 77 00

### Bezugsadresse:

erlassjahr.de  
Carl-Mosterts-Platz  
40477 Düsseldorf  
Tel. (02 11) 46 93 - 1 96  
Fax (02 11) 46 93 - 1 97  
E-Mail: buero@erlassjahr.de  
Homepage: www.erlassjahr.de

### Redaktion dieser Ausgabe:

Torsten Eßer, Arndt von Massenbach

Gestaltung: formS grafikdesign

Wir freuen uns über Rückmeldungen,  
Kritik, Veranstaltungshinweise etc.

**Vergeßt bitte nicht, Euren  
Mitträgerbeitrag zu bezahlen!  
Auch Spenden sind willkommen!**